freundlichen Aufforderung des Götz von Berlichingen hingehalten hat, möchte die Reichstagsfraktion mal wieder ihr Gesicht sehen. Das hält sie vielleicht für einen erfreulicheren Anblick. — Aber der angenagelte Artikel hat noch einen anderen kleinen Haken; er erklärt: indem die Kommunisten den Achtstundentag durch einen Arbeitszeitgesetz-Entwurf als Maximalarbeitstag proklamieren, setzen sie dem ökonomischen Ziel der Konterrevolution das ökonomische Ziel der Revolution entgegen; sie erklären zugleich, daß es sich endgültig nicht mehr handeln könne um ein solches reformistisches Eintreten für den Achtstundentag, wie dies die Geschichte einer jahrzehntelangen Arbeiterbewegung, die Geschichte des letzten Jahrhunderts kennzeichne."

Die kleine politische Taschenspielerei, die sich der ungenannte Verfasser des Artikels hier mit dem „ökonomischen Ziel der Revolution" erlaubt, wird wahrscheinlich von den meisten Mitgliedern der KPD. und den sonstigen Proleten, denen dieser Artikel in die Hand kommt, kaum bemerkt werden. Es kommt ja nachher noch genug Wirbelthe, um den Happen glatt runterrutschen zu lassen. — Das ökonomische Ziel der proletarischen Revolution ist die Aufhebung der Profitwirtschaft; der Achtstundentag kann hier nicht logischer als Forderung an sich gestellt werden. Im Gefüge des Staatskapitalismus wäre der Achtstundentag auch nichts als eine der „Erleichterungen des Loses der Arbeiterklasse," wie wir sie schon jetzt in den Arbeitszeitregelungen, dem sogenannten Arbeiterrecht, der „Sozialversicherung" usw. haben. Mit der Proklamierung derartiger Dinge als „ökonomisches Ziel der Revolution" aber beginnt man jetzt dasselbe Spiel, das die andere Seite im November 1918 mit der „Verwirklichung reiner Demokratie" trieb. „Das freie Wahlrecht" hatte für manchen Proletarier damals denselben Fetischcharakter, der hier wieder dem „Achtstundentag" verliehen wird. Und so wie aus der Freiheit, die die Massen, wenn auch unklar formuliert, forderten, schließlich das „freie Wahlrecht" würde, so wird hier versucht, aus der ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse, aus der Befreiung von der Lohnsklaverei einen Kampf um eine Nebenerscheinung derselben zu machen. „Der kluge Mann baut vor." Die herannahende proletarische Revolution drängt die KPD. immer mehr in die Entwicklung zur zweiten Sozialdemokratie hinein — und um nicht weggespült zu werden, baut sie schon jetzt Dämme und Deiche, um die Flut im gegebenen Moment abstauen zu können.

Radio, eine neue Waffe des Kapitals

Radio ist eine der modernsten Errungenschaften der heutigen Technik. Nachdem es sich ein halbes Jahr seiner Popularität erfreut, kann man feststellen, daß es von Anfang an von der kapitalistischen Klasse in ihrem Interesse ausgenützt wird. Es ist jetzt das einflußreichste und rührigste Propagandamittel, um bürgerliche, arbeiterfeindliche Ideologien zu verbreiten.

Der Nationalismus feiert seine höchsten Triumphe. Jedes Konzert schließt mit der National-Hymne „Deutschland, Deutschland über alles." Ergötzlich ist es aber doch manchmal zuzuhören, wenn ein echter Treudeutscher sein Deutschtum verherrlicht, sein geliebtes Vaterland lobt, aber doch eingestehen muß, daß der böse Nachbarfeind sein Heimatland recht klein gemacht hat, daß er auch im Innern alle Rechte beschränkt, Post und Eisenbahnen als „Pfand" nimmt, daß eine internationale Kontrollkommission das Wirtschaftsleben reguliert. — Aber doch zum Schluß:

„Deutschland, Deutschland über alles,
über alles in der Welt.
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt,
Deutschland, Deutschland über alles,
über alles in der Welt.

Da die Neuanschaffungen und Gebühren eines Radioapparats für einen Arbeitenden nicht mehr unerschwinglich sind, so besteht die große Gefahr, daß tausende von Proleten von diesem Morgenpost-Ersatz versucht werden. Ihre kleinbürgerliche Ideologie wird gefestigt. Ihre Passivität im Klassenkampf erhält neue Nahrung, ihr Blickfeld für den großen Befreiungskampf wird getrübt. Durch diese Verdummungsschalmeien werden die Proleten noch mehr dem politischen Leben entfremdet. Oft werden sich die Proleten ein „guten Programm" des Rundfunks einer öffentlichen Veranstaltung vorziehen. Kurzum: **Das Radio ist eine gefährliche Waffe des Kapitals. Es lenkt den Arbeiter vom Klassenkampf ab und festigt seine antiproletarische Ideologie.**

Wenn ein Marsbewohner als einzige Orientierung die Vorträge des deutschen Rundfunks hören würde, er könne bestimmt auf den Gedanken, daß keine Not, kein Elend, keine Arbeitslosigkeit ist, daß **eine Klasse des Proletariats überhaupt nicht existiert.**

Die nachfolgenden Vorträge des Rundfunks bestätigen das: „Der schöne Brief." — „Im Salon der schönen Frau." — „Die Dame im Sport." — „Die Frau am Teetisch." — „Geselligkeit in berühmten Häusern." — „Der Herr in der Mode." — „Blumen in Haus und Garten." — „Ich richte mir ein Landhaus ein." — „Wäsche, Schlipse, Strümpf und Schuh." — „Die feine Küche im Mai und Juni." — „Vom Bowlen braunen." — „Die Dame auf Reisen." — „Pflege Kleid und Schuh." — „Der deutsche Muttertag." — Diese Auslese dürfte genügen.

Auch die Kirche kommt auf ihre Kosten. Programm Pfingstsonntag, Berlin: Redner Pfarrer S. Schrenk von der Matthäuskirche. Liederfolge: 1. O heiliger Geist kehr bei uns ein, 2. Komm meine Freude, 3. Harre meine Seele, 4. Lobe den Herrn, 5. Ich bete an die Macht der Liebe. — Aber nicht nur Berlin und nicht nur Pfingsten, sondern wie könnten hier aus vielen deutschen Städten ähnliches aufführen — Leipzig, Frankfurt, Stuttgart. Z. B. Sonntag, den 29. Juni, Hamburg, Morgenfeier: 1. Das ist der Tag des Herrn, 2. Auf starken Fittichen, 3. Gesang der Erzengel, 4. Sei stille dem Herrn.

Der denkende Proletarier wird aus diesem kleinen Anzug erkennen, daß die Darbietungen eine einzige Verhöhnung und Verdummung seiner Klasse sind.

Zur Erläuterung soll mit ein paar Worten auf den Inhalt einiger Vorträge hingewiesen werden. Z. B. „Der Herr in der Mode." Da werden dem Herrn Verhaltungsmaßregeln gegeben wie er Anzug und Wäsche tragen soll. Die demselben Anzug sind zuzuführen, welche darauffolgenden Tage. Welche Farben in den verschiedenen Jahreszeiten am wirkungsvollsten sind. Welche Schuhe zu diesem und jenem Anzug oder Paßlichkeiten passen. Ja selbst bis zu welcher Strumpffarbe sich ein Herr verwagen darf usw.

Wie ist dagegen die Lage des Arbeiters? Wenn er Glück hat und er hat noch Arbeit, d. h. für die Herren in der Mode schuftet, reicht da sein Verdienst weiter, als bis zur mangelhaften Befriedigung seines Magens? An neue Kleider gar nicht zu denken. Wenn nun gar noch drei bis vier Kinder zu ernähren sind, da mangelt es oft am Notwendigsten. Wie sieht es aber bei den Kurzarbeitern und Arbeitslosen aus? Die lebendige Wäsche flattert durch die Straßen. Durch singen, spielen und betteln auf den Höfen fristen einige Tausend ihr Leben. Und die andern verrecken in ihren Schmutzlöchern von Wohnungen oder auf der Gosse. — Die Stempelstärkte gleichen Völkerwanderungen. Und das Bourgeoisiepack weiß vor Uebermut nicht, wie es ihr Geld verprassen sollen.

Nun seht die Damen der „feinen Gesellschaft", deren Luxus- und Modetorheiten kaum noch zu überbieten sind. Ihre einzige Sorge ist ihre Toilette. Wenn sie am Vormittag aus ihrem parfümierten Bade steigt, stehn Proletarierfrauen und Mädchen zu ihrer persönlichen Bedienung bereit. Masseuse, Friseuse usw. Die schöne gepflegte Dame, die sich erst von ihrem seidenen Lager erhebt, wenn sich schon die Arbeiterin müde für ihren Luxus gearbeitet hat, ganz gleich ob Heimarbeit oder Fabrik. Weiß eine Proletarierfrau überhaupt was Leben ist? In Mietskasernen eingepfercht, Sorgen, Krankheit, Schmutz und Elend die ständige Umgebung. Und die Proletariermädchen? Jung, voll Sehnsucht und Glück nach dem Leben. Aber treibt sie nicht niedriger Verdienst und Arbeitslosigkeit der Prostitution in die Arme? Und wer kauft Leib und Seele des Proletariermädchens? Jene Modeherrchen, die ihre perversen Gelüste gerade bei den Arbeitermädchen befriedigen. Die Väter dieser Herrchen predigen des Sonntags über Unsittlichkeit; oder die Herren sind selbst in hohen staatlichen Stellungen, wo sie über das Wohl des Volkes zu wachen haben. Oft treten dieselben Herren, die in Nachtlokalen und Cafés zu finden sind, für Sparsamkeit des Volkes ein, beweisen in Schriften und Vorträgen, wie man noch billiger leben kann. Es gibt auch genügend Aerzte, die sich dieser Aufgabe gern unterziehen. Sie beweisen „wissenschaftlich" wie billige Nahrungsmittel genau so wertvoll sind. Aber wie leben sie persönlich? Vorträge des Rundfunks geben darüber Aufschluß: „Die feine Küche im Mai und Juni." 1. Suppe: ein halbes Huhn, ein Pfund gutes Spargel, ein Pfund frische Champignons usw., dann junges Gemüse, Fisch und Braten und verschiedene Kompotte, Speise oder Eis. Z. B. zu einer Krebssuppe gehören gute Süßrahmbutter, frische Krebsenzen, Wein und acht Eigelb. —

Wie sieht der Mittagstisch des Arbeiters aus? Nun ihr Proleten begreift ihr jetzt, wie ihr von der Ausbeuterklasse auch auf diesem Wege verachtet und verdummt werdet. Und nur durch Eurer Blade Arbeit und Eure Bescheidenheit ist deren Luxus möglich. Der Rundfunk ist ein neuer Bundesgenosse des Kapitals.

Es wäre nun verfehlt, das Radio an sich zu bekämpfen, sondern hier wie immer gilt es die kapitalistische Klasse zu bekämpfen. Jeder denkende Proletariat die Aufgabe, allüberall, wo er Dummheit und kleinbürgerliche Einstellung begegnet, aufklärend zu wirken, so daß neue Soldaten für die Revolution gewonnen werden. Die Passivität, die Geistlosigkeit, dieses „Morgenpost"-Gedanken und „Gartenlauben"-Ideologie sind der gefährlichste Feind der proletarischen Revolution.

Nur Loslösung von diesen und allen bürgerlichen Organisationen, Sturz des Kapitals, müssen auch hier unsere Parolen sein. Erst dann wird Radio der ganzen Menschheit dienen.

Wirtschaft

Laufende Stillegungen

Die Firma Heinrich Lanz macht ihrer Belegschaft durch Anschlag bekannt, daß sie sich gezwungen sieht, vom nächsten Sonnabend an ihren Betrieb stillzulegen und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 5000 Mann, zu entlassen, sowie zu dem nächsten zulässigen Termin sämtlichen Beamten und Angestellten zu kündigen.

Die Automobilfabrik Rabag-Bugatti-Mannheim hat angekündigt, daß sie von Dienstag an zwei Drittel ihrer Arbeiter entlassen wird.

Die Opel-Werke in Rüsselheim haben 2000 Arbeiter gekündigt.

Die Zeche „Holland" in Herbede hat 500 Mann gekündigt.

Die Zeche „Verlorener Sohn" in Baak hat mehrere Hundert Arbeiter seit Montag entlassen.

Die Zeche „Charlotte" wird stillgelegt.

Die Zeche „Hasenwinkel" mit 1000 Mann Belegschaft ist stillgelegt.

Hunderte von Bergleuten wandern aus nach Holland oder fallen Auswanderersagenten in die Finger. Auch aus Schlesien häufen sich die Meldungen von Betriebsstillegungen, besonders in der Breslauer Metallindustrie.

Die Linke-Hofmann-Lauchhammerwerke will weitere 3000 Mann entlassen.

Das Oberschlesische Draht- und Kabelwerk in Gleiwitz hat den Betrieb vollständig stillgelegt. — Schreckensmeldungen kommen auch aus Polnisch Oberschlesien.

Die Bosel und Weimann legen die **Laurahütte** und die **Königshütte** still, während ihre Werke in Tschechien und in Oesterreich Ueberschichten machen. Die weitere Stillegung von Kohlenzechen steht bevor, da die Kohlenzechen von Polnisch-Oberschlesien gegen die billige englische Kohle nicht konkurrieren können. Es kommen bei der Stillegung weiterer Zechen etwa noch 30 000 deutsche Bergleute in Frage, die also dem deutschen Arbeitslosenheer angegliedert werden müssen.

Alles in allem ein Bild des Zusammenbruchs, was auch als „Gesundung" bezeichnet wird. Um dieses zu glauben muß man entweder ein Idiot oder Sozialdemokrat sein.

Aus der Jugendbewegung

Bezirkskonferenz Brandenburg

Am 6. Juli fand in Berlin die Bezirkskonferenz für Berlin-Brandenburg statt. Vertreten waren die Gruppen Charlottenburg, Norden, Osten, Neukölln, Spandau und Eberswalde, sowie die BAA., RAA. und ein Vertreter der AAU. Ferner war ein Vertreter aus Leipzig anwesend. Im Mittelpunkt der Arbeit stand als erstes ein Referat über „Die politische Lage, die Ergebnisse unserer Reichskonferenz sowie die zukünftig einzuschlagende Taktik und Arbeit." Das Referent behandelte die durch das Sachverständigen-Gutachten geschaffene inneu- und außenpolitische Lage, die Ursachen der jetzt einsetzenden Wirtschaftskrise, des Preisabbaues usw. und behandelte dann die zukünftig einzuschlagende Taktik auf Grund der Reichskonferenzbeschlüsse. Es muß Aufgabe der Konferenz sein, die von der R.-K. angedeutete Linie schärfer herauszuarbeiten. Die Beteiligung an Wirtschaftskämpfen ist notwendig, um einmal die reformistischen Illusionen in den Köpfen der Proletarier zu zerstören und dann auch um die Massen dem konterrevolutionären Einfluß der Gewerkschaften und Parlamentarier zu entreißen und sie für den Endkampf zu schulen.

In der Diskussion stimmten sämtliche Genossen, einschließlich des Vertreters der AAU, den Ausführungen zu. Es wurde ein diese Fragen behandelndes Schreiben der Leipziger Genossen verlesen und mit in die Diskussion miteinbezogen. Als Beispiel für die Beteiligung an Wirtschaftskämpfen führte der Delegierte von Norden folgendes an:

„In seinem Betrieb arbeiten 46 Lehrlinge, die bisher 55,5 Stunden arbeiteten. Jetzt diktiert die Firma ihnen die 54-Stunden Woche. Die Lehrlinge wollen sich dagegen wehren und übertragen unseren Genossen die Führung des Kampfes. Was sollen wir nun tun? Dieses ablehnen und uns beiseite stellen, und sagen das geht der KAJ nichts an? Das wäre falsch, also werden die Lehrlinge dann erweisen zum Kampf zu den revolutionären Organisationen und den Willen zum Kampf bekommen. Unsere Genossen werden sich an die Spitze der Lehrlinge stellen, sie schulen, ihre Illusionen zerstören und auch für den großen Endkampf vorbereiten.

Einstimmig nahm die Konferenz folgende Resolution an:

„Die Berlin-Brandenburger Bezirkskonferenz erkennt die auf dem V. Reichskongreß festgelegte Resolution zur Frage der Taktik im wesentlichen als richtig an. Die Bezirkskonferenz ändert diese Resolution in bezug auf die Zerfallserscheinung des Kapitals und erweitert die Resolution in der Frage der wirtschaftlichen Kämpfe.

Der Zerfall des Kapitals trifft für die west- und mitteleuropäischen Staaten zu. In den Uebersee-Ländern (China, Rußland, Süd-Amerika) dagegen, befestigt sich das Kapital und baut sich aus. Es fällt daher als Absatzmarkt für Amerika, England, Deutschland und Frankreich fort. Dieses wirkt sich naturnotwendig in den bisherigen Exportländern zu Krisen aus. (Lohnreduzierung zur Verhilligung der Waren, Massenarbeitslosigkeit.) Das Sachverständigen-Gutachten, als eine Lösung aus der Zerfallskrise, soll zugleich Wege zur Erschließung neuer Profitquellen finden.

Bei den umrechenden Wirtschaftskämpfen dürfen wir nicht in unserer bisherigen Einstellung weiter verharren, denn dieses führt zur Negation der revolutionären Arbeit, sondern müssen uns aktiv und führend an den Kämpfen beteiligen. Die Kämpfe um höhere Löhne, Achtstundentag usw. müssen uns an der Spitze finden, um hierbei die reformistischen Illusionen der Proletarier zu zerstören, sie der konterrevolutionären Ideologie der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien zu entreißen, die Unmöglichkeit der Verwirklichung reformistischer Forderungen beweisen und für den revolutionären Endkampf zu schulen, ihnen unser Programm der proletarischen Revolution in Herzen und Hirne einzuhämmern.

Die wirtschaftlichen Kämpfe müssen von uns zu politischen Machtkämpfen mit allen Mitteln entfesselt werden. Auf den stattfindenden Arbeiterkongressen müssen die, mit unseren Forderungen als gewählte Vertreter aus den Betrieben teilnehmen. Auf dem Kongreß selbst müssen wir unsere Parolen klarlegen. (Zusammenschluß der Arbeiter als Klasse zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, für die Diktatur des Proletariats.) Sollte der Kongreß sich dagegen für reformistische Taktik entschließen, so haben wir gegen den Kongreß aufzutreten. Wir müssen den Massen lernen, sich unserer Ideologie anzupassen. Dieses erfordert selbstverständlich Brechen mit den gewerkschaftlichen und parlamentarischen überlebten Kampfmethoden.

Nur wenn das Proletariat dieses begreifen lernt, wird unser Programm die Massen zum Siege führen."

Es folgten nun die Gruppenberichte. Die Bewegung schreitet langsam vorwärts, durch großes Kräftemangel an Referenten usw. erschwert die Arbeit sehr. In Spandau und Köpenick sind wieder Gruppen gegründet. Bemängelt wurde, daß die Genossen aus der Provinz so schlecht und lie KAPD. überhaupt nicht vertreten waren.

Anschließend hieran referierte ein Genosse der BAA. über „Unsere nächsten Aufgaben". Es wurden die Arbeiten für die „Rote Kampfwoche" festgelegt und außerdem ein Plan für ein einheitliches Arbeiten der Berliner Gruppen. Jede Gruppe hat für Montag, den 14. Juli, ein festes Gruppenprogramm mitzubringen, damit alsbann die Referenten entsprechend verteilt werden. Am Sonntag, den 3. August, fahren alle Gruppen zur Agitation nach dem Finowtal. Am Sonntag, den 10. August, findet eine Rätekundgebung in Eberswalde statt. Alle Kräfte der Jugend, Partei und Union müssen zur Massenpropaganda mobilisiert werden.

Genossen! Die Bezirkskonferenz hat positive Arbeit für die Zukunft geleistet. An her Arbeit jedes einzelnen Genossen liegt es, sie zur Tat werden zu lassen.

Mitteilungen

Groß-Berlin

16. Unterbezirk. Mitgliederversammlung am Freitag, den 25. Juli, abends 7,30 Uhr im bekannten Lokal. Vortrag über „Einsteins Relativitätstheorie", die neuen Ergebnisse der Wissenschaft und historischer Materialismus.

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Fritz Weiland, Berlin-Pankow. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ B. Goscinski, Norweger Straße 40, Laden.
Osten: H. Derpa, Samariter-Straße 38, Stflg. III.
„ K. Herbold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ **Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17,** Warschauer Straße 49.
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 7.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schuri, Brückenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 43.
Johnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kuss, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klamp, Junker-Jörk-Straße 36.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12.
Paskow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36, II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name _____

Ort _____

Straße _____ Nr. _____

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an diese obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17,** Warschauer Straße 49, zu senden.

5. Jahrg. Nr. 56

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Stunde der KAPD.

Das Sachverständigengutachten beginnt für das deutsche Volk zu einer fixen Idee zu werden. An Popularität hat das Gutachten des Herrn Dawes fast schon die Schlager „Wenn ich Dich seh, dann muß ich weinen" oder „Wo hast Du denn . . . ?" erreicht. Aus jeder Zeitung brüllt, tobt, kreischt, durchs Radio knattert, in jedem Gespräch, Interview, öffentlicher Rede gespenstert das Gutachten. „Für", „wider", „Nieder", „Leider sind wir gezwungen", „Trotz alledem", in jeder Tonart ist jedes Urteil über das Gutachten täglich zu vernehmen. Und Hand in Hand damit geht eine ebenso lärmende wie planmäßige nationale Hetze durch das Land. Kein Biergarten, kein Nepplokal, aus dem einem nicht der „Kaiserfriedberger" oder der „Fridericus Rex" entgegenschmettert. Postkarten mit den Bildern des „erlauchten Kaiserhauses" in allen Lebenslagen. Jeden Sonnabend und Sonntag durchschwärmt die Umgegend Berlins ein Heerbann von Windjacken mit Hakenkreuzstandarten, überall locken „patriotische Feiern" und die Hochflut der völkischen Presse schwillt noch mit jedem Tag. Beides gehört zusammen: Gutachten und nationale Kampagne. Das Grundmotiv heißt: Wir sollen jetzt bezahlen und wollen nicht. „Deutschland — eine Kolonie", „Wir lassen uns nicht auf 40 Jahre versklaven", Wenns nicht anders geht, dann mit Waffengewalt." Es fehlt zur noch „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten." „Wir" sind in diesem Falle die deutschen Kapitalisten, z. Z. in Ostende oder Biarritz. Am schrillsten aber tönt aus dem Chorus dieser um die Arbeitskraft des deutschen Proletariats, ach, so besorgten Herrschaften die Stimme der KPD.

Die Situation ähnelt zum Erschrecken der Situation des Sommers vorigen Jahres, nur der der „Ruhrkrieg" ersuchs. Heute wie damals geht es um ein Stück Selbständigkeit des deutschen Kapitals, heute wie damals hat es das Kapital verstanden, die Massen in eine nationalistische Paroxie hineinzupeitschen, heute wie damals hatte das Kapital seinen lautesten Vorläufer in der KPD. Und wie zum Ueberfluß wiederholt sich heute nachdem Lärm sich langsam legt, die KPD. erlahmt nicht, die einmal aufgelegte Walze weiter zu orgeln, bis das Kapital sie mit liebevoller Gewalt beschwichtigen muß. Die Walze der KPD. heißt heute „Nieder mit dem Sachverständigengutachten". Und sie weiß sich in dieser Parole eins mit allen „Gutgesinnten", national fühlenden deutschen Männern.

Eine uns vorliegende Broschüre von Z. Leder: „Das Reparationsproblem", herausgegeben von der Gewerkschaftsabteilung der KPD., das auf dem Fähnchen die Frage trägt: „Was sagen die Kommunisten zum Sachverständigengutachten?" wimmelt von Phrasen, die jeder Hakenkreuzbroschüre Ehre machen würden: „Der Versailler Raubvertrag", „Sklaverei des internationalen Kapitals", „Deutsche als Sklaven unter französischen Bajonetten" usw. Auf Seite 8: „In blutiger Verhöhnung aller Verkündungen über Menschenrechte", „demokratischen Frieden", „Völkerbund" und aller ähnlichen betrügerischen Parolen wurden dem besiegten Deutschland das Knie auf die Brust, die Faust aufs Auge gedrückt, es wurde gezwungen, im Versailler Schanddokument seine „Schuld" zu bekennen und sich zu verpflichten, die Wiedergutmachung zu zahlen." Fein, was? Besser macht Herr Wulle oder der Reventlow auch nicht. Ueber den zweiten „Versklavungsvertrag" lesen wir auf Seite 43: „Von welcher Seite wir auch das Sachverständigengutachten betrachten, stellt es nichts anderes dar, als ein gründlich bis zu Ende durchdachtes Programm des internationalen Kapitals, um die noch nicht verteilte Beute der großen Völkermetzelei mit allen Mitteln der wirtschafts- und finanzpolitischen Kunst zu erfassen und unter die imperialistischen Räuber der Siegerländer auf „gerechte Weise" zu verteilen. **Daß das gleichzeitig die Versklavung der deutschen Volksmassen unter dem Joch dieser imperialistischen Räuber bedeutet, liegt auf der Hand."** Daß die einzig wahre Lösung des Reparationsproblems darin liegt, „in jedem Lande — und in allen Ländern — national und international, gegen die eigene Bourgeoisie, gegen die Weltbourgeoisie den Klassenkampf zu führen," liegt ebenfalls ganz auf der Hand des Genossen Leder. „Das Ziel, das uns dabei winkt, ist die ganze wirtschaftliche und politische Macht für das Proletariat, die Diktatur des Proletariats." Müßte man über soviel Hilflosigkeit nicht ein Auge zudrücken, wenn sich nicht ebensoviel Demagogie dahinter versteckte? Ist es nicht zum Heulen, daß eine Schrift, die sich nicht genug tun kann in der Schmähung des „internationalen" Kapitals, die den Gipfel der Entrüstung für die Feststellung erklimmen zu haben glaubt, „daß Deutschland nach der Art der alten Türkei zu einer Kolonie des internationalen Kapitals gemacht werden soll," den deutschen Kapital auf anderthalb Seiten (41, 42) nichts anderes vorzuwerfen weiß, als daß es nicht wirklich, ernsthaft gegen das Gutachten kämpfe! Die ihre ganze Phraseologie dem Wortschatz der Völkischen entnimmt, sich willig in die nationale Front einreiht, dem Proletariat das ausländische Kapital als Hauptfeind bezeichnet, kann zum Schluß den „Klassenkampf gegen die eigne, gegen die Weltbourgeoisie" zu empfehlen, bei dem „uns" die Diktatur als Ziel winkt. Das alles zusammen ist die Haltung einer Partei, die freiwillig oder unfreiwillig das Kapital stützt statt es zu stürzen, das Proletariat verdummt, statt es zu klären.

Das ist die Haltung der SPD. im Kriege, die mit ihrem ganzen Getobe gegen den „ausländischen Kapitalismus" dem eignen Kapital den besten Vorschub leistete; das ist dieselbe Haltung, die wir von der KPD. schon aus dem Ruhrkrieg kennen und deren einziges Resultat darin bestand, im Proletariat den Boden für die Ideologie der Völkischen vorbereitet zu haben. Denn darin liegt so etwas wie eine geschichtliche Gerechtigkeit, daß solche politischen Charlatane in ihrem Affentanz um die Gunst der kleinbürgerlichen Massen, von noch Gerieseneren am Schluß betrogen werden.

Das deutsche Proletariat, scheint uns, ist reif genug, um immer und überall die Wahrheit hören zu können. Es ist ein unwürdiges Schauspiel, immer wieder zu sehen, wie die KPD. das Proletariat gewissermaßen von hinten herum in eine Revolte zu drängeln versucht. Und wie in diesem Fall Parteipappe an einem künstlichen nationalen Pomeranzen gewärmt werden soll, um auch ja keinem Grünkramhändler den Geschmack zu verekeln. Das Proletariat wird verstehen, wenn wir ihm sagen: **Die Frage des Sachverständigengutachtens ist keine proletarische Frage.** Annehmen oder Ablehnen ist kein Problem für das Proletariat. Die Ausbeutung des deutschen Proletariats wird nicht durch die Annahme des Sachverständigengutachtens verschärft, sondern das deutsche Kapital zieht die Schraube an, weil es sich am Leben halten will. Nicht dem Sachverständigengutachten darf der Kampf gelten, sondern dem deutschen Kapital. Immer nur wieder können wir Liebknechts Worte wiederholen: „Der Hauptfeind steht im eignen Land." Uns ist nichts davon bekannt, daß die wirtschaftliche Lage des einzelnen Gumpela durch den Einmarsch der Franzosen im Ruhrgebiet noch schlechter geworden ist als sie ohnehin war. Jedes Kapital wird dem für ihn schuftenden Proleten immer nur soviel lassen, als er zur Erhaltung seines Lebens braucht. Und ob der deutsche Proletariat unter französischen Bajonetten oder unter dem Gummiknüppel des deutschen Schupomannes schuftet, das ändert an der Situation verflucht wenig. Die Frage, die einzige, die für das Proletariat seit fünf Jahren auf der Tagesordnung steht und noch immer brennend auf Antwort wartet, ist: Burgfriedens oder

Katzenjammer in London

Die Hurrastimmung, die vor dem Zusammentritt der Bourgeoisiebeauftragten in London herrschte, hat einem ungeheuren Katzenjammer Platz gemacht. Diese Konferenz, die so glänzend vorbereitet war, sollte doch etwas ganz anderes sein, als die vierzehn Vorläufer. Diese Londoner Konferenz, die unter der menschheitbeglückenden Idee des Pazifismus zusammengerufen wurde, sollte oder wollte, nach den Einberufern Mac Donald und Herriot, öffentlich tagen, sogar Deutschland, diese „feinste" Republik, die uns tatsächlich keiner nachmacht, sollte eingeladen werden und mitberaten helfen.

Alle bürgerlichen Seelen schwammen in Wonne und schauten verzückt nach London und konnten nicht schnell genug den Tag der Zusammenkunft erwarten. Der 16. Juli kam. Die Konferenz wurde eröffnet und da kam auch die Ernüchterung.

Durch nichts unterscheidet sich diese Zusammenkunft der Beauftragten der internationalen Bourgeoisie von den vorherigen Zusammenkünften. Nur in der Vorbereitung, in dem Schaumschlagen unterschied sich die „Aera des Pazifismus", durch Mac Donald und Herriot in Szene gesetzt, von den andern Zusammenkünften. All die Ursachen der vierzehn Vorgänger bestehen nach wie vor. Im Gegenteil, die Jahre, die dazwischen liegen, die Ruhrbesetzung, haben den wirtschaftlichen Verfall nicht aufhalten können, sondern nur gesteigert.

Das internationale Kapital sieht, daß die Politik der gepanzerten Faust es nicht vorwärts gebracht hat. Es hat seine Interessen jetzt den pazifistischen Kleinbürgertum zur Vertretung übergeben, wohl wissend, daß dieses nur in seinem Interesse handeln darf. Daß dies der Fall ist, sehen wir ja ganz klar an Mac Donald und Herriot. Vom letzteren sagt Poincaré, daß er mit dessen Politik einverstanden sei, er hätte es auch nicht anders tun können. Und daß Mac Donald nur eine Puppe für die Bourgeoisie darstellt, dessen sogenannte pazifistische Träumereien man sich gern gefallen läßt, wissen alle denkenden Proletarier. Sollten es die „Vorwärts"-Redakteure nicht mehr wissen, trotzdem sie es schon selbst schreiben mußten, daß die englische „Arbeiterregierung" nur von Kapitals Gnaden lebt, so beweisen sie nur ihre „Geschäftstüchtigkeit".

Obendrein ist dieser „Pazifismus" der Lakaien des Kapitals gefährliche Täuschung für das Proletariat; denn die Bourgeoisie hat noch nie solche wahnwitzigen Rüstungen unternommen und durchgeführt als jetzt, im Zeitalter des „Nie wieder Krieg"-Geschreis. Und wenn auch etliche Mann formal weniger unter dem Bajonett stehen sollen, um den Schein nach außen zu wahren, so sind doch die technischen Rüstungen gerade ins Fabelhafte gestiegen. Alle diese Fragen der Rüstungen und „Sicherheiten", wie man es so schön nennt, werden nicht öffentlich, wie man es im ersten Gefühl der „Liebe" und „Herzlichkeit" versprach, behandelt, sondern werden in den Kommissionen erörtert. Ganz im geheimen.

So knüpfen sich nun auch an die geheimen Kommissionssitzungen in London die allermöglichsten und unmöglichsten Gerüchte. Das Beste sucht immer der „Vorwärts" herauszulesen. Der erblickt die kapitalistische Welt nur noch als ein großes Friedenspensionat wo Mac Donald allabendlich die Andacht abhält. Doch außer allem Zweifel liegt, daß auf der Konferenz die Gegensätze zwischen Frankreich und England scharf aufeinanderprallen. Alles drum herumreden schafft die Widersprüche nicht aus der Welt. Mögen sich auch Mac Donald und Herriot noch so oft verklärt in die Arme sinken.

Einen Vorstoß hat Frankreich ja auch unternommen in der Frage der Feststellungskommission über die Verfehlungen der deutschen Republik und dadurch, daß es nach wie vor die Repko (Reparationskommission) sein soll, die verstärkt wird durch einen amerikanischen Vertreter, ist der Vorstoß auch von Erfolg gewesen.

Trotzdem, wie groß auch die Gegensätze sein mögen, auf irgend eine Art und Formel des gemeinsamen Vorgehens wird man sich einigen müssen, da ja die gemeinsamen Profitinteressen, der sogenannte Wiederaufbau, alles andere mehr oder weniger in den Hintergrund treten läßt.

Auch Deutschland wird ja noch gnädigst eingeladen werden, damit niemand fehlt. Wenn es dann zum Schluß doch eine Anleihe in Aussicht gestellt erhalten soll, dann muß es solche Bedingungen unterschreiben, die dem Proletariat noch ganz anders an die Nieren gehen werden, als die Versailler Bedingungen. Das steht nämlich fest, mag die Konferenz in London auslaufen wie sie will, die Zeche zahlt einzig und allein das Proletariat. Die kapitalistische Profitwirtschaft ist auf kapitalistischer Grundlage nicht wieder aufzubauen. Alle Versuche zur Ueberwindung dieser Krise sind gescheitert und haben die Krise nur verschärft. Auch das Londoner Treffen wird und muß scheitern. Wohl wird man formell ein Kompromiß finden zwischen den Siegerländern gegenüber dem deutschen Wirtschaftsgebiet. Doch wird dieselbe so gehalten sein, daß bei Verfehlungen neue Sanktionen eintreten werden und diese in Zukunft eben gemeinsam vorgenommen werden sollen. Daß der Beweis für Verfehlungen sehr schnell erbracht werden kann, ist klar; denn niemand glaubt im Ernst an eine Möglichkeit der Erfüllungen, die im Dawes-Gutachten vorgesehen sind. Während nun in London dicker Nebel herrscht gehts in der deutschen Republik unaufhaltsam vorwärts im Stillegen der Betriebe, im Lohnabbau und für den Teil der Proleten, der noch im Betrieb bleibt, gehts vorwärts zum Zwölf- und Vierzehnstundentag. Pleiten über Pleiten brechen herein. Mit fieberhafter Energie rüstet sich die Bourgeoisie nebst ihren Lakaien gegen den gefährlichsten Feind, gegen das Proletariat, das durch seine Revol

Klassenkampf, kapitalistische Diktatur oder Revolution, Untergang in die Barbarei oder Kommunismus. Dieser Frage kommen wir durch Abstimmung nicht näher. Sondern nur durch das rücksichtslosen Kampf gegen den Feind, der uns am nächsten steht: das deutsche Kapital.

Wer dagegen solche Fragen wie „Ablehnen oder Annehmen" in den Vordergrund rückt, wer mit so billigen Phrasen wie „Nieder mit dem Sachverständigengutachten" ins Proletariat geht, der verwischt die Gegensätze, spannt das Proletariat in kapitalistische Denkweise, wirkt gegenrevolutionär, bereitet den Burgfrieden vor. Das gerade will ja das Kapital: Die Aufmerksamkeit von sich ablenken und auf seine Kollegen im Westen hinführen, die dem deutschen Proletariat nicht erreichbar sind. Was dann in Deutschland geschehen mag: die Andern sind schuld! Glückt das Manöver, dann mag sich das deutsche Kapital — zum wievielten Male? — bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der III. Internationale, bedanken.

Warum die KPD. diese Haltung in dieser Frage einnimmt, ist nicht wie sonst, mit einer Forderung der russischen Außenpolitik zu erklären. Rußland ist im Moment in Belgien, Holland und vor allem England bedeutend mehr interessiert als in Deutschland. Die Zurückziehung seiner handelspolitischen Vertretungen aus Deutschland ist nicht mißzuverstehen. Die Zentrale hat daher im Augenblick völlig freie Hand. Die Version, die dahin geht, durch Ablehnung des Gutachtens einen bewaffneten Konflikt heraufzubeschwören, um dem Proletariat so auf legalem Wege Waffen in die Hand drücken zu können, erscheint uns wenig haltbar. Nach der „geistigen" Bearbeitung des Proletariats durch die KPD. würde es die Gewehre ohne Zweifel gegen Frankreich aber nicht gegen das deutsche Kapital richten. Im übrigen liegt ein Konflikt von diesem Ausmaß nicht im Plan des Kapitals. Die Zentrale der KPD. glaubt dagegen sicherlich, in der Parole der Ablehnung einen ausgezeichneten Hebel für die Bewegung der kleinbürgerlichen Schichten gefunden zu haben, um deren Liebe ja ihr ganzes Streben in letzter Zeit geht. Ueber den Nationalismus dieser Schichten will man sie in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche führen. Wir glauben, daß das Bemühen der KPD. von Erfolg gekrönt sein wird. Wir hoffen es. Denn dann wird sie die Interessen des Proletariats endgültig aufgeben und voll und ganz das sein, wozu sie historisch berufen ist: Die Partei der Kleinbürger. Und die Stunde, in der das Proletariat dies erkennt, wird die Stunde der KAPD. sein.

Zweckmäßigkeitsfragen für revolut. Arbeiterorganisationen

Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen, für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens verspottet zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich sehen.

Marx, Bürgerkrieg.

Die Werbearbeit für Partei und Union leidet in erheblichem Maße unter dem Schicksal, das von Karl Marx mit obigen Worten umrissen wurde. „Noch eine Partei! Davon habe ich genug! Und wenn ich wirklich aus der KPD. austrete, kriegen mich zehn Pferde nicht mehr in eine Partei rein — es ist schließlich immer derselbe Schwindel, wie man ihn schon von der SPD. her gewöhnt ist!" Jeder agitierende Genosse wird diese Worte mehr wie einmal von dem von ihm bearbeiteten „linken" SPD.- oder KPD.-Mann gehört haben mit einem lehrreichen Zusatz darüber, daß es für die KAP. „ja vorläufig noch leicht sei, zu reden; ihr seid eben eine Sekte, aber wenn Eure Bonzen erst mal so viel hinter sich haben, dann werdet ihr dasselbe erleben . . ." usw. Um unseren Genossen in dieser Agitation zu helfen, sei der Versuch gemacht, das grundsätzlich Neue in der Organisationsform unserer Partei herauszuschälen und es in Beziehung zu bringen zu dem Ziel, zu der Verwirklichung des kommunistischen Gedankens.

Zuerst einige Zitate, die wir hier an die Stelle mathematischer Axiome (Grundwahrheiten) stellen wollen:

„Die Arbeiterschaft kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen."

„Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februar-Revolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik."

„Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, müßte jeder öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden." Marx.

Damit können wir nun dem Thema näher zu Leibe gehen. Es ist der Fehler aller bisher bestehenden Parteien und Arbeiterorganisationen gewesen, daß sie sich in der Form ihres Aufbaues an das Schema ähnlicher Organe der Bourgeoisie gehalten haben. Daraus resultierte zweierlei: Einmal eine Spaltung innerhalb dieser Organisationen in „Organisierte" und „Organisierende". Die „Organisierten", die ganz gewöhnlichen Mitglieder sind sowohl in ihrer Klassenlage wie in ihrer Ideologie meist ganz verschieden von den „Organisierenden", das heißt von den bezahlten Funktionären. Das ist, wenn wir marxistisch denken wollen, ja kein Wunder, denn „es ist das gesellschaftliche Sein, das das Bewußtsein bestimmt" (Marx). Der Berufsfunktionär, der aus der Masse des Proletariats in das gemächlichere Leben des Kleinbürgers, besser des kleinen Beamten gehoben wurde, kam damit von selbst zu einer anderen Ideologie. Die Möglichkeit sozialen Aufstiegs infolge politischer Betätigung zeitigte schließlich den Sozialisten, der von der lumpigsten Gefreitenstellung aus schon den Marschallstab im Tornister rascheln hörte und dessen letzte Blüten Paul Lensch und Oberbürgermeister Scheidemann sind. Der Organisator fand den Weg zur Verwaltungskarriere in der Republik — und wo dem Agitator, dem Schriftsteller durch die Begrenzung der materiellen Mittel in der Arbeiterbewegung ein „Halt" in der Karriere drohte, ging er mit elegantem Salto zur Gegenseite.

Es ist ein Unglück für die Arbeiterschaft, daß dieser Satz „es ist das gesellschaftliche Sein, das das Bewußtsein bestimmt" längst nicht ernst genug als einer der sichersten revolutionären Wegweiser gewertet wird. Als sich die „Vollbeauftragten" des deutschen November selbst die Tagegelder in Höhe von 80 Mark festsetzten und sich in der deutschen Arbeiterschaft dagegen kein Protest erhob, sondern auf die Angriffe der Bourgeoisie auf diesen schwachen Punkt die fünf Männer verteidigt wurden: „Warum sollen sie nicht — wo sie ja ebensoviel arbeiten müssen wie ein Minister . . .": Da war die Genesis Schiedt und deutschen „Revolution" eigentlich besiegelt. Besiegelt aus der ideologischen Unreife eines Proletariats heraus, das den Unterschied in der Bewertung der Arbeit eines Ministers und eines Volksbeauftragten nicht ohne weiteres erkannte.

Diese ideologische Unreife des Proletariats war das Ergebnis aller bisherigen Organisationsformen der Arbeiterklasse. Zu einer neuen revolutionären Ideologie des Proletariats kann erst die Organisation den Grundstein legen, die bewußt sich auf eine andere organisatorische Basis stellt. Auf den möglichst weitgehenden Verzicht auf Berufsfunktionäre. So weit auf einzelne voll im Dienste der Organisation beschäftigte Kräfte nicht Verzicht geleistet werden kann, darf unter keinen Umständen, weder für technische noch für intellektuelle Parteiarbeiter der Lohn derjenigen eines qualifizierten Arbeiters überschritten werden. Die Differenzierung des Arbeitslohnes zwischen den „geistigen Arbeitern" und den „technischen Hilfskräften ist eine der Hauptursachen für den verderblichen Einfluß der Intellektuellen bürgerlicher Herkunft in den proletarischen Parteien. Mit der Begrenzung auf den Lohn eines Arbeiters wird die „politische Karriere" für den Intellektuellen bedeutend weniger verlockend . . . und auch im Proletariat selbst werden sich genügend Elemente finden, die unter diesen Bedingungen ihren Intellekt lieber vor den Karren ihres „kulturellen und sozialen Fortschritts" spannen, statt ihn der materiell undankbaren Parteiarbeit zu widmen. — Was freilich für die Bewegung weiter kein Schade ist; die Einbuße an formaler Gewandtheit in einigen Funktionen wird mehr als wettgemacht durch das Plus an Prinzipienfestigkeit, das die unter solchen Umständen der Parteiarbeit verbleibenden Kräfte besitzen. — Es ist notwendig, daß bei der Eroberung der politischen Macht innerhalb der proletarischen Klasse sich schon eine Organisation findet, die in sich die Grundzüge für den Organisationsplan der proletarischen Diktatur besitzt und deren Mitglieder ideologisch weit genug gereift sind, um alle Abweichungen von der geraden Linie zur Verwirklichung des Kommunismus als Abirrungen konstatieren und vermeiden zu können. Die KAP. bietet in ihrer Organisationsform das Bild einer solchen Partei, die dieser Forderung nachkommt. Die Mitglieder zur praktischen Anwendung Marxistischer Grundsätze erzieht. Alle ihre Grundsätze lassen sich immer wieder auf das „Kommunistische Manifest" zurückführen, und der Tag, der dem Proletariat ihre grundsätzliche Verschiedenheit von den bisherigen Arbeiterorganisationen und ihren inneren Kern klar darlegt, wird nach allen Irrungen und Wirrungen kommen, nach dem Worten Fr. Engels:

„Für den schließlichen Sieg der im Manifest aufgestellten Grundsätze verließ sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig ging. Gewaltsame Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzustellen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation."

Die allgemeine Parteimüdigkeit, die katastrophale Zersetzung des gewerkschaftlichen Leichnams, den alle Bemühungen der III. Internationale höchstens mumifizieren, aber nie beleben können: Sie sind der Anfang der ideologischen Krise des Proletariats, die zu seiner Gesundung führen wird.

Groß-Berlin

Oeffentliche Volks-Versammlung

Freitag, den 25. Juli, abends 7 Uhr
Reichenberger Hof, Reichenberger Str.

Thema:

Der 3. August und seine Bedeutung für das Proletariat

Sozialpatriotismus und der Krieg

(Schluß) III.

Eine Betterin in dieser geistigen Not war die plötzliche Erkenntnis der deutschen Sozialdemokratie, daß es ja doch in diesem Kriege gegen das zaristische Rußland und dessen Despotie vorzugehen heiße. Während der Landesparteitag der Sozialdemokraten Württembergs und Eßlingen am 26. Juli 1914 in der verständnisvollen Resolution Klara Zetkins das heldenhafte revolutionäre Proletariat Rußlands begrüßt, „das aufs neue im Kampf für das wirtschaftliche und politische Recht der Ausgebeuteten alle die Waffe des Massenstreiks erprobt, . . . Begrüßt es als einen starken Hort des Friedens in dieser verhängnisschweren Zeit und feststellt, daß indem das russische Proletariat durch den Massenstreik den Zarismus, einen der gewissenlosesten Kriegstreiber, lähmt, es durch die Tat beweist, welch starke Macht eine kühne, opferbereite Arbeiterklasse in dem Kampf für Frieden und Freiheit einzusetzen vermag", glauben die deutschen „prinzipiell durchgebildeten Sozialdemokraten", wie sie sich in der „Erzgebirgischen Volkstimme" nennen (Chemnitz, 1. 8. 14) den Heldenkampf der russischen Arbeiter zu nationalistischen Kundgebungen benützen zu müssen. In einem Aufsatz: „Der Krieg im Land Europa in Flammen" heißt es hier:

„Wir prinzipiell durchgebildetsten Sozialdemokraten haben das Unheil kommen sehen. Das Wettrüsten und der Ausdehnungsdrang aller großen Nationen mußten den Krieg erzeugen. Die gesteigerten Rüstungen zogen den Kriegsblitz an und lenkten ihn nicht ab. . . . Wir Sozialdemokraten haben in Friedenszeiten alles getan, um das drohende Schicksal, das die Völkermordes abzuwenden. Bis zum letzten Augenblick standen wir auf der Friedenswarte. Umsonst! Die kapitalistischen Gegensätze und die Kinladen der Kriegsbrüder haben den Frieden zerrissen. Wir werden an jedem neuen Kriegstage an unser hehres Friedenszeiel denken. Aber die Arbeit für den Völkerfrieden ruht jetzt. Andere Sorgen drängen. Uns alle beherrscht jetzt nur die eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet: Ja! Diese Antwort ist für den Sozialdemokraten keineswegs in allen Ländern selbstverständlich. Es kann Situationen geben, in denen die Frage nach Sieg oder Niederlage des Volkes gleichgültig wird gegenüber der höheren Aufgabe der Zertrümmerung einer unerträglichen Gewaltherrschaft. Dies ist die Lage unserer russischen Genossen, die ohne jede Rücksicht auf den Krieg vor allem den Kampf gegen den Zarismus fortsetzen werden. Wären sie bald die Fahne der Republik auf dem mechelagenen Zarenthron hissen! Das wäre der Weltfrieden! Wir Deutschen sind nicht in der gleichen Lage. Wohl müssen auch wir klagen, daß man uns vielfach die politische Gleichberechtigung vorenthalten, die soziale Gerechtigkeit verneigt hat. Man hat uns gekränkt und verfolgt, als vaterlandslose Gesellen hingestellt, während wir im heißesten und ehrlichsten Bemühen das Wohl Deutschlands entstreiten."

„Aber was man uns immer auch angetan hat, in diesem Augenblick empfinden wir alle die Pflicht, vor allem anderen gegen die russische Knutenherrschaft zu kämpfen. Unser Kommando muß lauten: Schluß die Reihen! Jede Kritik einer freien Presse hört jetzt auf, nicht weil der Kriegszustand verhängt ist, sondern weil jetzt jede Kritik an den Personen zu schweigen hat, welche Deutschlands Zukunft in ihren Händen halten!"

Dieser Auffassung trat die „Leipziger Volkszeitung" bereits am 31.-Juli entgegen und erklärt hierzu in einem Artikel, betitelt „Verdächtige Tyrannentöter" folgendes:

„Wer wollte behaupten, daß ein west- oder mitteleuropäischer Staat, der wegen Rußland Krieg führt, heute die Revolution nach Rußland trägt? Oder glaubt jemand, daß die Verteidiger des preußischen Landtagswahlrechts in den Gefilden der schwarzen Erde vom heiligen Geist erfüllt, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu schwärmen beginnen werden? Ein Krieg Westeuropas und Deutschlands gegen Rußland ist nicht mehr ein Krieg für die Revolution, er ist ein Krieg gegen die Revolution!"

Selbst der „Vorwärts" wendet sich in einem Artikel vom 3. August gegen die „verdächtigen Tyrannentöter". Aber die deutsche Sozialdemokratie, die die Pflicht des russischen Proletariats klar erkannte, hat am 4. August beschlossen, für die von der Regierung geforderten Kriegskredite zu stimmen und durch Abgabe einer Erklärung ihren Beschluß zu begründen". Wie stark aber die Verhandlungen jener Sitzung, die diesen Beschluß faßte, von der Kriegsstimmung gegen Rußland getragen waren, erhellt sich aus folgender Enthüllung Eduard Bernsteins:

„Für die große Mehrheit der Fraktion handelt es sich jetzt nur noch darum, sich klar zu werden, ob in einem Zeitpunkt, wo Feinde schon einen Fuß ins Land gesetzt haben, und der Hauptfeind obendrein noch Rußland heißt, eine Partei, welche ein Drittel des deutschen Volkes vertritt, denjenigen, die nun einmal die Verteidigung des Landes zu führen haben, die Mittel zur Verteidigung und zur Fürsorge für die Krieger und deren Angehörigen versagen dürfen. Dies schien denen, welche sich die Frage so stellten, eine Unmöglichkeit. Umgekehrt fragte sich eine Minderheit, ob es angängig sei, die Mittel zu einem Kriege zu bewilligen, über dessen unmittelbare Vorgeschichte man nur erst einseitigen Bericht habe, und der obendrein der Anschlag des russischen Systems sei, gegen welches die Sozialdemokratie stets mit größter Energie angekämpft habe. Die Mittel für einen solchen Krieg bewilligen, hieß nach ihr für die Sozialdemokratie, sich mit sich selbst in Widerspruch setzen und das Vertrauen der Arbeiter anderer Länder den schlechtesten Eindruck machen, in den internationale aber die größte Verwirrung anrichten. Diese letztere Ansicht konnte indes bei der Abstimmung in der Fraktion nur zwischen ein Sechstel und einem Siebentel der Abstimmenden für sich gewinnen. Sechs Siebentel der Fraktion lehnten den Antrage zu, der sich für die Bewilligung der Kriegskredite aussprach, und da vorher beschlossen worden war, im Reichstag selbst auf jeden Fall einheitlich zu stimmen, konnte der Reichstag vom 4. August 1914 das Schauspiel bieten, daß mit den bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der Forderung eines Kredits von 5 Milliarden Mark für Kriegszwecke zustimmte, ohne in Vertretung des deutschen Volkes so dem feindlichen Ausland eine einheitliche Front zu zeigen."

Was aber die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der Kreditbewilligungsfrage vom ersten Augenblick an hauptsächlich zeigte, das war ihr wahres Wesen: Der Sozialpatriotismus. In einer verschwindenden Minderheit regte sich zwar das sozialistische Gewissen, daß sich in der Form des verzweifelten Suchens nach einem Kompromiß, die Majorität aber entschloß sich sofort zur patriotischen Handlungsweise. Diese patriotische Zersetzung der Partei machte ein wahrhaft sozialistisches Auftreten unmöglich. „Von einem Teil der Bewilliger, etwa 20 oder 30 Mann, ist später bekannt geworden, daß er ein Separatvotum abgegeben haben würde, wenn die Mehrheit der Fraktion die Kredite verweigert hätte. . . . Nach dieser Bewilligung stand immerhin die Minderheit, die darin eine Zertrümmerung der Parteigrundsätze sah, vor der Frage eines Separatvotums. Wenn sie daraus verzichtete, so hatte sie unzweifelhaft sehr gewichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Bei Beurteilung der ganzen Sachlage war man noch vielmehr auf Gerüchte als auf sichere Nachrichten angewiesen; es war möglich, daß, dem Umfall der Mehrheit zum Trotze, schwere Konflikte mit der Regierung bevorstanden; so glaubte man vermeiden zu müssen, daß durch einen Spaltung der Partei aussähe. Der erste Vorsitzende des Parteivorstandes, Haase, der zur Minderheit gehörte, fügte sich der Parteidisziplin sogar soweit, daß er sich, wenn auch erst nach langem Sträuben, bereit finden ließ, ohne die Erklärung der Fraktionsmehrheit öffentlich im Reichstage zu verlesen. (Siehe: „Die Zersetzung der Reichstagsfraktion" in „Die Internationale" Nr. 1, 1915.)

Zur Geschichte dieser Erklärung bemerkt übrigens Kautsky, daß sie durch eine Kommission ausgearbeitet worden ist, an deren Arbeit auch er teilgenommen hat mit der Absicht, „wenn schon die Kredite bewilligt wurden, dabei doch den oppositionellen Standpunkt der Partei zur Geltung zu bringen". Dieser „mystische Satz lautete nach Grumbach (in „Humanité", 24. Dez. 1915) folgendermaßen: „Sobald der Krieg zum Eroberungskrieg wird, werden wir uns mit den energischesten Mitteln gegen ihn wenden."

Was schließlich die Legende der „Fraktionseinheit" betrifft, heraus hierüber die Londoner „Justice", im Anschluß an die Frage der Kreditbewilligung, folgende Klarstellung:

„Zwei oder drei Tage vor der Sitzung hatte Genosse Haase mit dem Reichskanzler eine Begegnung im Laufe deren er ihn sagte, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage sei, für die Kriegskredite zu stimmen. Worauf Herr Bethmann Hollweg antwortete, daß dies sehr bedauerlich sei, daß er jedoch volles Verständnis für die schwierige Lage der sozialistischen Gruppe habe."

„Im Verlaufe der langen und erregten Erörterungen, die stattfanden, hatten sich drei Tendenzen in der Reichstagsfraktion geltend gemacht: 1. diejenige der Minderheit, welche dafür eintrat, daß die sozialistische Gruppe als unmöglich erachtete, für die Kredite zu stimmen, und die jegliche Verantwortung für alles ablehnte, was mit dem Kriege und seinen Folgen zusammenhängt. Diese Gruppe schloß einen Lensch von der „Leipziger Volkszeitung", Ledebour, Peirotes, Geyer, Stolle, Haase, Liebknecht u. a. 2. Eine andere Gruppe, recht zahlreich, erachtete den Krieg im wesentlichen als kapitalistisch, glaubte aber, daß die Gewaltmittel, die verzweifelten Suchens nach einem Kompromiß, die Majorität aber entschloß sich sofort zur patriotischen Handlungsweise. Diese patriotische Zersetzung der Partei machte ein wahrhaft sozialistisches Auftreten unmöglich. „Von einem Teil der Bewilliger, etwa 20 oder 30 Mann, ist später bekannt geworden, daß er ein Separatvotum abgegeben haben würde, wenn die Mehrheit der Fraktion die Kredite verweigert hätte. . . . Nach dieser Bewilligung stand immerhin die Minderheit, die darin eine Zertrümmerung der Parteigrundsätze sah, vor der Frage eines Separatvotums. Wenn sie daraus verzichtete, so hatte sie unzweifelhaft sehr gewichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Bei Beurteilung der ganzen Sachlage war man noch vielmehr auf Gerüchte als auf sichere Nachrichten angewiesen; es war möglich, daß, dem Umfall der Mehrheit zum Trotze, schwere Konflikte mit der Regierung bevorstanden; so glaubte man vermeiden zu müssen, daß durch einen Spaltung der Partei aussähe. Der erste Vorsitzende des Parteivorstandes, Haase, der zur Minderheit gehörte, fügte sich der Parteidisziplin sogar soweit, daß er sich, wenn auch erst nach langem Sträuben, bereit finden ließ, ohne die Erklärung der Fraktionsmehrheit öffentlich im Reichstage zu verlesen. (Siehe: „Die Zersetzung der Reichstagsfraktion" in „Die Internationale" Nr. 1, 1915.)

Jedenfalls schrieb das „Hamburger Echo" am 4. August 1914:

„Nun heißt es Durchhalten . . . Der Kampf ist da. Jetzt ist keine Zeit zu störtern und zu forschen, wo der innere Grund der furchtbaren Katastrophe liegt . . . Wir müssen das Vaterland schützen. Unschuldig sind wir an dem Fürchterlichen. . . . Wir haben um Frieden, zur Verständigung gemahnt. Es ist anders gekommen. Jetzt heißt es Deutschland schützen. Jetzt entscheidet die Macht! Deutschlands Volk muß sich verteidigen!"

Gewiß war dieser Patriotismus der Sozialdemokraten nicht stille Ueberzeugung. Es spielte dabei mit: Furcht, vor der inneren Furcht vor dem Kampfe, das Anweichen vor einer ernsten Auseinandersetzung mit der Regierung, mit einem Wort der alte Opportunismus satt, und gerade in diesem Punkte war fast keinerlei Unterschied zwischen Zentrumsleuten und Mindestsozialisten. Um Einigkeit und Stärke vorzutäuschen, trieb erstere immer rascher dem Patriotismus zu und leistete die letztere immer geringeren Widerstand, bis irgendwo das sozialdemokratische Wrack auf dem Blutmeere des Weltkrieges.

Politische Rundschau

Abgebaut und ausgestoßen

Der amtliche preußische Pressedienst meldet:

„Nach § 4 Abs. 1 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 darf Erwerbslosenunterstützung nur gewährt werden, wenn der Erwerbslose in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit mindestens 2 Monate hindurch in krankenversicherungspflichtiger Beschäftigung ausgeübt hat. Infolgedessen sind, wie der amtliche Pressedienst aus einem hierzu ergangenen Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, die abgebauten Beamten von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen. Der Reichsarbeitsminister hat es abgelehnt, von der nach § 4 Abs. 2 der genannten Verordnung eingeräumten Befugnis auf Beantragung einer Ausnahme beim Reichsrat Gebrauch zu machen, so daß es bei der Nichtgewährung der Erwerbslosenunterstützung an abgebaute Beamte sein Bewenden behält.

Die Meldung bringt der „Vorwärts" vom 18. Juli ohne Kommentar. Während man doch sonst immer noch den Schein der Humanität wahrte und für seine Beamten, wenns auch nur die ganz kleinen und mittleren waren, allerlei schöne Versprechungen in Aussicht stellte, so läßt man jetzt die Maske vollends fallen. Die Kredit-, Gesundungs-, Reinigungs- und Aufstiegskrise erfordert es eben, daß gründlichst gespart wird, das heißt daß Millionen Fresser zu viel sind und diese zu verschwinden haben. Die Beamten, die noch immer glauben und zum Teil noch glauben, daß sie ein besonderes Recht haben als Beamte, müssen erkennen, daß sie auch zur großen proletarischen Armee gehören, die nur durch die proletarische Revolution, durch den Sturz des kapitalistischen Profitsystems, ihr Leben sichern kann.

Die Beamten müssen sich in die Klassenfront des Proletariats einreihen, wo sie hingehören und allen Dünkel fallen lassen. Die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit gestatten nur ein für oder wider, eine „neutrale Mitte" gibt es nicht. Für die kapitalistische Gesundung eintreten, die unmöglich ist, heißt gegen die Revolution sein und bedeutet, seinen eigenen Untergang als Klasse in barbarische Zustände unterstützen.

Gegen den Kapitalismus kämpfen erfordert aber bewußte Einreihung in die Klassenkampffront des revolutionären Proletariats und erfordert den Zusammenschluß als Klasse national und international in den Betrieben, in den Stempelstellen. Nur von unten auf wird das gemeinsame Ziel, das Klassenziel des Weltproletariats, der Kommunismus, die Bedarfswirtschaft erkämpft und errungen werden können. Die revolutionären Räte sind die Kampfwaffe des um seine Befreiung vom kapitalistischen Joch kämpfenden Proletariats. Die notwendige Einheitsfront des revolutionären Proletariats wird nur unter der Parole:

Alle Macht den Räten!

sich vollziehen und möglich sein. Die einzige Uebergangsform zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist die geschichtlich bedingte Form der **Diktatur des Proletariats.** Alle sicheren Komplikationen zur Seite, das heißt keine Niederlagen des Proletariats, wozu auch die Beamten gehören, und verhängern den Leidensweg der unterdrückten Klasse.

Die „Gesundung" der Republik

Die Krisis in Sachsen. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen hat sich in der ersten Julihälfte weiter verschlechtert. Die Zahl der Erwerbslosen steigt fortgesetzt. Größere Entlassungen erfolgten in der Textil-, Metall- und Glasindustrie. Durch die Entlassungen bei der Porzellanfabrik Freiberg sind rund 700 Arbeiter, durch die Stillegung der „Margaretenhütte" 985 Arbeiter erwerbslos geworden. In Krimmitschau arbeiten von 68 Textilfabriken 60 mit verkürzter Arbeitszeit. Zahlreiche Betriebe haben die wöchentliche Arbeitszeit auf 24 Stunden herabgesetzt.

Die Krisis in Deutsch-Oberschlesien. Sämtliche Eisenhütten in Deutsch-Oberschlesien haben am 15. Juli das Arbeitsverhältnis gekündigt. Durch die Kündigung wollen die Werke eine Neuregelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse herbeiführen. Die Verhandlungen finden in der nächsten Woche statt. Wenn es zu einem Einvernehmen kommt, soll der größte Teil der gekündigten Arbeiter wieder eingestellt werden.

Wenn es zu einem Einvernehmen kommt, dann soll usw. heißt mit anderen Worten, wenn die Sklaven sich mit der nochmaligen Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklären, ebenfalls der Lohnkürzung zustimmen, so wie es ihnen ihre „Führer", die sich der Verantwortung voll bewußt sind, empfehlen werden, dann wird ein Teil noch das Hungerskalvendasein fristen können, während der andere Teil als überflüssig ausrangiert wird. Wie soll bei dieser Lage die Auswanderung der Bourgeoisie sehr angenehm ist, melden täglich die Berichte über Selbstmord durch Vergiftung, Erhängen, Erschießen, durch Oeffnen der Pulsader und wie die Möglichkeiten noch alle heißen, aus der Verzweiflung der Germanen Demokratie" herauszukommen. Dazu kommen noch die täglich an der Hungersnoche Dahinsiechenden und die vielen, sich lawinenmäßig steigernden Unglücksfälle. Alles in allem für die Bourgeoisie ein gute Lage, wie der nach § 4 Abs. 2 der genannten Verordnung eingeräumten Befugnis auf Beantragung einer Ausnahme beim Reichsrat Gebrauch zu machen, so daß es bei der Nichtgewährung der Erwerbslosenunterstützung an abgebaute Beamte sein Bewenden behält.

Die Meldung bringt der „Vorwärts" vom 18. Juli ohne Kommentar. Während man doch sonst immer noch den Schein der Humanität wahrte und für seine Beamten, wenns auch nur die ganz kleinen und mittleren waren, allerlei schöne Versprechungen in Aussicht stellte, so läßt man jetzt die

Zurück zu Schutzzöllen?

Der Ernährungskatastrophe entgegen!

Die deutschen Agrarier versprachen auf ihrer unlängst in Dresden abgehaltenen Tagung dem „bedrängten deutschen Volke" mit ihrem „Hilfswerk" beizuspringen. Die Reichsregierung war scheinbar die einzige, welche diesen Wink mit dem Zaunpfahl richtig deutete. Das Reichskabinett hat kürzlich den Beschluß gefaßt, die Einsammlung der Vorkriegsgetreidezölle (5 Mark für Weizen, 5,50 Mark für Roggen) dem Reichstag vorzuschlagen. Die Geschwindigkeit, mit welcher der Reichstag daraf einging, lassen erkennen, daß der Gesetzentwurf schon fix und fertig im Schubkasten ruhte, und daß der Beschluß des Reichskabinetts eben ein Versuchsballon war.

Das Finanzkapital regiert zwar dieses November-Augustprodukt von demokratischer Republik, die Agrarier haben aber wieder, wie zu des seligen Wilhelms Zeiten die „Hand an der Gurgel des Staates. Und das sie die Schlinge zuzuziehen gewillt sind, wenn es ihre Profitinteressen erheischen, darüber ließ Herr Graf Kanitz — der heute als Landwirtschaftsminister und Vetrauensmann der Agrarier im Reichskabinett dessen Dirigent ist — in der fraglichen Reichstagssitzung am 27. Juli keinen Zweifel. Schon in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege war Deutschland ein Wirtschaftsgebilde, dem Agrarzölle schädlich und dessen Bevölkerungspolitik hemmend im Wege war. Der Industrieimperialismus schnitt sich mit den Agrarzöllen zwar direkt ins eigene Fleisch, mußte ihnen aber immer wieder zustimmen, weil die Agrarier sonst die auch in ihrem Interesse gelegene Rüstung zur See zu bestkottieren drohten („Ohne Kanitz keine Kähne!"). In der heutigen Zeit aber sind Agrarschutzzölle direkt ein Widersinn, auch vom bürgerlichen Standpunkt.

Daß im Agrarertrum immer noch das edle Beatreben heimisch ist, sich auf Kosten der Industrie (das heißt der Industriearbeiterschaft) zu bereichern, beweist noch lange nicht, daß es der Landwirtschaft schlechter geht als anderen bürgerlichen Erwerbsständen. Daß die deutschen Getreidepreise seit Monaten 10 bis 20 Prozent unter den Weltmarktpreisen liegen, ist eben auf die Weltwirtschaftskrise und auf die Weltagrarkrise im besonderen zurückzuführen, das heißt auf mangelnden Absatz und infolgedessen auf die zerstörte Kaufkraft im Weltproletariat. Als Vorwurfe zu den Zöllen scheint im Reichstag der Wille vorhanden zu sein, vorerst das Ausfuhrverbot für Getreide außer Kraft zu setzen. Durch beide Maßnahmen würde die Differenz von 10 bis 20 v. H. nicht aus der Welt geschafft. Die jetzt schon ansteigenden Lebensmittelpreise deutscher Agrarproduktion deuten schon an, daß Zölle wie Aufhebung des Ausfuhrverbots nur ein indirekter Lohnabbau beim Industrieproletariat zugunsten der Agrarier sein würde. Vor dem Kriege floß durch das System der Ausfuhrzölle reichlich die Hälfte der Getreidezölle den Agrariern bar in die Tasche. Die Zölle wirkten also doppelt verteuernd. Das Proletariat mußte die Steuern zur Balanzierung des Reichshaushaltes aufbringen, außerdem wurde seine Lebenshaltung durch die Zölle, die die Getreideeinfuhr vom Ausland hemmten, verteuerten. Vor dem Kriege war Deutschland ein Getreideveredelungsland: Es führte russisches Getreide ein und führte Mehl dafür aus. Die fortgeschrittene Technik im Auslande und die Verloddeung der deutschen Mühlen verhinderte bis heute diesen Prozeß, trotzdem die Getreideeinfuhr nicht durch Zölle gehemmt ist. Die höhere Technik im Auslande bringt es auch mit sich, daß das Mehl dort trotz des höheren Getreidepreises billiger und billigeren ausländischen Mehlen, die nach Deutschland kommen, Mehlpreis und dadurch die deutschen Getreidepreise.

Die Bevölkerung dagegen hat die Ziffer der Vorkriegszeit wieder erreicht, wenn die abgetretenen früheren Ueberschußgebiete abgerechnet werden. Die deutsche Landwirtschaft ernährte vor in der Vorkriegszeit knapp zwei Drittel der Bevölkerung. Heute wird es kein größerer Prozentsatz sein, denn die verlorenen gegangenen Gebiete gleichen die zerstörte Kaufkraft zum Teil wieder aus. Auf diese Tatsachen stützt sich das deutsche Agrarierthum und versucht durch die Agrarzölle einen großzügigen Raubzug auf die Tasche des Proletariats. Das regierende Finanzkapital unterstützt das Bestreben der Herren von Aar und Halm, weil die Landwirtschaft ein guter Kunde ist. Das Finanzkapital knöpft den Agrariern einhalb v. H. Zinsen pro Tag ab — das sind rund 180 v. H. pro Jahr — für Gelder, die es vom Reich zu einem Zinssatz erhält, die sich aber einem angemessenen Verdienst ließen, wenn sie zu 16 bis 17 v. H. verliehen würden. Die Industrie, in deren Interesse die Agrarzölle gelegen sind, ist ebenso wie vom Finanzkapital abhängig, weil dieses nicht nur sein, ganzes Betriebskapital flüssig hat, sondern auch noch das zirkulierende Kapital der Handelswelt und die Spareinlagen.

Zwischen den führenden Organisationen des Agrar-, Finanz- und Industriekapitals hat sich in aller Stille eine Abmachung vollzogen, am Proletariat eine großzügige Schröpfung zu vollziehen. In aller nächster Zeit wird sich unter dem Deckmantel der Gesetzgebung im Reichstag ein Theater vollziehen, das dem Proletariat als im „Interesse der Allgemeinheit" gelegen angepriesen werden wird. Diese Art der Ausplünderung gestattet es dem Kapital, einen Lohnabbau vorzunehmen, ohne die „hohen" Löhne anzutasten. Für die binnen kurzem auf dem Pflaster liegenden großen Massen Proletarier, ist diese Art der „Gesetzgebung" das beste Beförderungsmittel ins „bessere Jenseits".

Die Zölle auf Fleisch — auf das zweitwichtigste Nährmittel —, die ebenfalls dem Proletariat beschert werden, lassen noch deutlicher erkennen, daß die kommenden Agrarzölle eine Schlinge um den Hals des Proletariats sind. Die Wissenschaft im Bunde mit dem Reichsgesundheitsamt haben festgestellt, daß der Mensch im Durchschnitt 100 Gramm Eiweiß zu sich nehmen muß, um körperlich und geistig standhaft zu bleiben. Als Mindestquantum von Fleisch (Ersatzmittel gibt es nicht) müßte der Mensch danach täglich 60 Gramm reines Nahrungs- mindestens 150 Gramm reines Muskelfleisch zu sich nehmen. Das entspricht bei dem tüchtigen Verbrauch von 40 v. H. Rind- und 60 v. H. Schweinefleisch einem durchschnittlichen Jahresbedarf an Fleisch mit 40 Kilogramm und Fett von 25 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. (Es wurden also nur 94 v. H. des Soll erreicht

kation (100 000), die Zuckerproduktion (200 000), Fabrikation von Konserven, Getränken, Streichhölzern, Hüten, Mützen usw. Von der Entwicklung der Industrie zeugt auch der steigende Export. In den letzten sechs Monaten 1922 wurden für insgesamt 1 008 709 Contoreis (31 753 000 Pfund Sterling) ausgeführt und im zweiten Halbjahr 1923 dagegen für 1 419 358 Contoreis (33 377 000 Pfund Sterling). Von nicht geringer Bedeutung für die Volkswirtschaft ist auch die Viehzucht. 1920 zählte man in Brasilien 70 610 Stück Vieh im Werte von 5 Millionen Contoreis.

Die wichtigsten Handels- und Industriezentren sind: Rio de Janeiro (1 200 000) und Sao Paulo (600 000 Einwohner). Die nächstwichtigsten sind dann Pernambuco, Bahia, Rio Grande do Sul und Minas Geraes. Zu den wichtigsten Häfen zählen neben Rio de Janeiro: Santos, Pernambuco (Recife), Bahia, Belehm (Pará) und Rio Grande.

Wie bereits erwähnt, ist die Textilindustrie am bedeutendsten, in der 130 000 Arbeiter, hauptsächlich Frauen, beschäftigt sind. Ueber die Schuhfabrikation liegen folgende Daten vor: 1920 gab es in ganz Brasilien 154 Fabriken und 7516 Werkstätten mit insgesamt 40 000 Arbeitern. Die meisten Betriebe sind in Rio de Janeiro, Sao Paulo und Rio Grande konzentriert. Die übrigen Industriezweige umfassen 4000 Fabriken mit 50 000 Arbeitern. Auf den Eisenbahnen waren 1914 bei einer Gleisstrecke von 30 000 km 67 254 Arbeiter beschäftigt. Ueber die Zahl der Arbeiter im Seetransport liegen keine Unterlagen vor. Im Bergbau stehen an erster Stelle: 1. Gold, das in drei englischen Gesellschaften gehörenden Bergwerken in Minas Geraes gewonnen wird, mit etwa 6000 Arbeitern; das größte Bergwerk ist das der Gesellschaft St. John d'El-Rey Mining Co. mit einem Kapital von 646 267 Pfund Sterling; 2. Kohle, und zwar in Südbrasilien, der Kohlenvorrat Brasiliens wird mit 200 Millionen Tonnen berechnet; die Förderung wird erst seit kurzem betrieben, und zwar von sechs Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 24 800 Contoreis; die jährliche Ausbeute beträgt etwa 375 000 Tonnen; über die Zahl der Arbeiter liegen genaue Zahlen nicht vor. 3. Manganerz, die Gruben gehören 10 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 15 000 Contoreis; von 1913 bis 1921 wurden ausgeführt 2 969 126 Tonnen; 4. Diamanten, der Wert der Jahresausbeute beträgt 2500 Contoreis. Zum Hauptexportgut gehören: Kaffee (1921 wurde für 1 019 640 Contoreis Kaffee ausgeführt), Zucker, Baumwolle, Reis, Häute, Tabak, Kakao, Manganerz usw. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung (13 Millionen) lebt in den Zentralprovinzen Minas Geraes, Sao Paulo und Rio de Janeiro.

In der Provinz Sao Paulo finden wir große Kaffeeplantagen und die wichtigsten Industrieunternehmungen: Minas Geraes treibt hauptsächlich Landwirtschaft, und in Rio de Janeiro ist die Zuckerindustrie konzentriert sowie einige andere Industriezweige (Textilien und Streichhölzer). In Nordbrasilien wird Kakao angepflanzt, in Bahia hauptsächlich Zucker, in Pernambuco und Rio Grande do Sul wird neben Landwirtschaft hauptsächlich Viehzucht getrieben.

Der Wert der eingeführten Waren wird mit 250 000 Contoreis berechnet. Zum Import gehören: Brotgetreide (aus Argentinien, Vereinigte Staaten), Kohle (Vereinigte Staaten und England), Petroleum (Vereinigte Staaten), Maschinen und Metallerzeugnisse (Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Belgien, Deutschland). Die wirtschaftliche Lage des Landes läßt nichts zu wünschen übrig, um so verworrener sind die finanziellen Verhältnisse. Der Staatshaushalt leidet an chronischen Defizit. Der Kurs des Milreis steht ungewöhnlich niedrig. Der Banknotenumlauf betrug 1923 zwei Millionen Papier-Contoreis, während in der Zeit von 1919—1922 insgesamt 1 800 000 Contoreis in den Verkehr gebracht worden waren. Der Notendruck floriert auch gegenwärtig noch.

Seit Ausrufung der Republik im Jahre 1889 haben sich im Aufbau des Landes große Veränderungen vollzogen. Von einer zentralisierten Monarchie ist Brasilien zu einer föderativen Republik nach nordamerikanischem Muster geworden. An der Spitze steht ein Präsident. Die früheren Provinzen sind jetzt Bundesstaaten, jedoch besteht ein gewisser Absolutismus, indem die schwächeren Bundesstaaten den stärkeren unterstätzig sind. Das bestehende Wahlsystem ist so, daß sich die Arbeiterschaft meistens der Stimme enthält, oder wenn sie wählt, so nur Leute des Bürgertums. In der Außenpolitik sind die Interessen der Kaffeepflanzer maßgebend, denn der Kaffeeexport bildet die Basis der Volkswirtschaft. Innenpolitisch sind die Großgrundbesitzer tonangebend, da Brasilien zunächst noch überwiegend Landwirtschaft aufweist. In Opposition zu diesen steht der Handel und die Industrie, ebenso der Mittelstand und die Intellektuellen. Die Opposition versucht sich natürgemäß auf jene Staaten zu stützen, in denen die Landwirtschaft mehr in den Hintergrund tritt. Die Arbeiter und kleinen Bauern sind im allgemeinen politisch indifferent und unorganisiert, so daß sie als Klasse bisher fast noch nicht zur Geltung kamen." Doch darüber in einem Schlußartikel. (Schluß folgt.)

ÖSTERREICH

Die Krise der bürgerlichen Sanierung.

Unlängst hat der Völkerbund durch das Genfer Büro eine Flugschrift herausgegeben mit dem Titel: „Wie der Wiederaufbau Oesterreich gerettet hat." Das internationale Kapitalistenkonsortium, das sich an dieser profitablen „Rettung" beteiligte, hat dieses nach dem Weltkrieg völlig amputierte Staatsgebilde als Konkursmasse unter den Schutze der Pariaten Seipel einer gründlichen Ausbeutung unterworfen. Welche Erfolge dabei erzielt wurden und wie das Kartenhaus der sogenannten Sanierung jetzt zusammenstürzt, lehrten die zurzeit in diesem Lande herrschenden wirtschaftlichen Zustände. Bankkrach mit ihren wirtschaftlichen Auswirkungen sind an der Tagesordnung; die Großstädte jammern, denn sie stehen vor einer Finanzkatastrophe durch die ungeheuren Schröpfungen der Regierung unter der Oberhoheit des Völkerbundkommissars Zimmermann.

*

Wie der „ungemeinsame Beamtenabbau" gewirkt hat, darüber berichtet der österreichische Volkswirt Dr. Gustav Stolper folgendes: „Die Verringerung des Beamtenapparats hat keine Rettung, sondern nur eine Umwandlung der Beträge bewerkstelligt, die für tätige Beamte und Pensionäre verausgabt werden. Es sind die Summen, die sowohl für die beschäftigten wie für die pensionierten Arbeiter und Beamten verausgabt werden, von 5804 Milliarden Kronen auf 2 [illegible] Milliarden gestiegen, obwohl einschließlich des Eisenbahnbeamten ungefähr 50 000 Beamte und Arbeiter abgebaut worden sind." Die starke Ausmergelung und Unterernährung des österreichischen Proletariats hat eine ungeheuer große Verbreitung der Lungentuberkulose hervorgerufen, die es allerdings dort bei dem alt als „Wiener Krankheit" bezeichnet wird. Natürlich arbeiten die Professoren eifrig an deren Beseitigung durch Empfehlung und Erfindung aller möglichen Mittel, nur nicht die einer hinreichenden Ernährung, Wohnung und Bekleidung, weil das kapitalistische System noch in Oesterreich bei seinem Zusammenbruch selbstredend nur zu einem raschen Austerben aller unnützen proletarischen Fresser interessiert ist.

Wie weiter noch, daß jetzt in Oesterreich ein Hungerzollsatz eingeführt werden soll, der u. a. Lebensmittel, Kohle sowie Zölle auf alle möglichen Rohstoffe, Halbfabrikate und Endfabrikate der verschiedensten Industrien vorsieht, wie z. B. für Garne, Textilwaren, Kleidungs, Wäsche, Bekleidungsartikel, Möbelgegenstände, Papierwaren usw. Nicht nur die Schwerindustrie, sondern auch die Banken beherrschen, verlangen die Einführung von Eisenzöllen. So hat z. B. die Alpine Montangesellschaft, um einen Druck auf das Parlament auszuüben, eine Reihe von Betrieben stillgelegt und den Arbeitern erklärt, nur die Einführung von Eisenzöllen werde ihnen wieder Arbeit schaffen, während in Wirklichkeit die Eisenzölle die schwerste Schädigung der Eisenindustrie und der eisenverarbeitenden Industrien darstellt, weil sie die Exportfähigkeit gänzlich untergraben.

Oesterreich ist in gewisser Hinsicht stets ein Vorläufer und Vorbild für die später in Deutschland eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse gewesen. Das scheint auch diesmal in mancher Weise zuzutreffen. Die deutschen Agrarier haben bereits die Forderung auf Schutzzölle für die „notleidende" Landwirtschaft in Deutschland erhoben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß vielleicht andere Industrien, wenn der Artikel 264 des Versailler Vertrages ab 1. Oktober 1924 die Einführung von Schutzzollvorschriften in Deutschland gestattet, mit derartigen Forderungen nachfolgen werden. Die Pläne und Vorbereitungen dazu sollen bereits eingeleitet sein.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA

Ein Präsidentschaftskandidat der Arbeiter und Kleinfarmer.

Die im November d. J. stattfindende Präsidentenwahl in der amerikanischen Union wirkt sich durch ihre Vorbereitungen im politischen Leben und der erhöhten Tätigkeit der Parteien in Amerika zurzeit aus. Dabei spielen die gegenwärtig herrschenden Wirtschaftsverhältnisse, die im Entstehen begriffene Krise im Wirtschaftsleben eine entscheidende Rolle. In Gegensatz zum Vorjahre hat die Beschäftigungslosigkeit in der amerikanischen Industrie jetzt stark zugenommen, so z. B. wird aus dem Staate Illinois gemeldet, daß 7 v. H. weniger Arbeiter als im Vorjahre beschäftigt werden und daß der Durchschnittsverdienst eines männlichen Fabrikarbeiters nur 30 Dollar die Woche, der eines weiblichen 17 Dollar wöchentlich beträgt. Daneben geht eine große Verminderung der Kaufkraft der Farmer einher, die mit den Absatzschwierigkeiten ihrer Produkte zum Teil im Inlande wie auch auf dem Weltmarkt zusammenhängt.

Nach alledem ist es nicht verwunderlich, daß wie in vielen europäischen Staaten sich auch hier ein gewisser Ruck nach links in der Politik bemerkbar macht und der Ruf nach neuen Parteien ertönt. Die linksgerichteten Elemente der republikanischen Partei besonders fordern zur Bildung einer dritten, einer Oppositionspartei, auf, da die bisher vorhandenen beiden großen, von den Trust und der Hochfinanz gekauften und regierten Parteien, die republikanische und die demokratische, zu sehr korrumpiert und veraltet seien, um den amerikanischen Imperialismus zu liquidieren und einen besseren, heilsamen Einfluß auf die europäischen Verhältnisse auszuüben. U. a. soll der bisherige Präsident Coolidge nicht wieder aufgestellt werden als Präsidentschaftskandidat. So fand in der letzten Woche in Cleveland ein Konvent für fortschrittliche Politik statt, der zur Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten Stellung nahm. Dieser Kandidat wurde in der Person des 68jährigen Senators Lafollette, eines Anhängers der Opposition in der republikanischen Partei vorgeschlagen und gewählt. Obwohl kein Sozialist, (sondern Mitglied einer ausgesprochen kapitalistischen Partei) soll Lafollette in den Arbeiter- und Kleinfarmerkreisen sehr beliebt sein, weil er öfter gegen die republikanische Partei Stellung nahm, ferner eine Persönlichkeit, die Gewähr für den internationalen Frieden biete, ein Mann, dem die jetzt in England und Frankreich am Ruder befindlichen kleinbürgerlichen Kräfte Vertrauen entgegenbringen könnten und hinter den 6 Millionen Wähler stehen. Wie diese sich zusammensetzen, geht aus der Art der Beschickung und der Teilnehmer der genannten Konvents hervor. Es nahmen nämlich an diesem Konvent teil neben großen gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen (Gompers-Richtung, insbesondere der Eisenbahnen, die Kleinfarmer und die Sozialisten. (2. Internationale). Sie stellten ein Programm mit staatssozialistischen Forderungen auf: Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke, Einstellung der Rüstungen, Aufhebung der in den einzelnen Staaten bestehenden Rechte der Richter, Gesetze für unqültig zu erklären.

Senator Lafollette hat an den Konvent für fortschrittliche Politik, der ihm wie oben geschildert, das Vertrauen zur Durchsetzung dieser Forderungen schenkte, ein Schreiben gerichtet, worin er die Aufforderung, sich als Präsidentenkandidat aufstellen zu lassen, annimmt. Nach der „New York-World" soll Senator Lafollette „der einflußreichste politische Faktor in den Vereinigten Staaten" sein.

Es ergibt sich hieraus, daß auch in den Vereinigten Staaten mit der reichsten und stärksten Bourgeoisie der Erde und einem Staats-Goldschatz von annähernd 18 Milliarden Goldmark die bisher herrschenden beiden politischen Parteien nicht mehr imstande sind, die angeschwollenen Widerspüche zu schlichten und daher andere an ihre Stelle treten müssen.

RUMÄNIEN

Hakenkreuzlertreiben in Czernowitz.

Das Hakenkreuzlertum ist eine Erzungenschaft nicht nur des deutschen Volkes, ja nicht einmal allein der sogenannten arischen Rasse. Ueberall, wo es Unkultur gibt, gibt es auch Hakenkreuzler. In Russisch, wo die Unkultur und Reaktion besonders gedeiht (ähnlich wie in Bayern), blüht das Hakenkreuzlertum, obwohl die Abstammung der Russen nicht gerade auf die schmalnasige Rasse hinweist. Zuerst machten sich die Hakenkreuzler, von der reaktionären Regierung begünstigt, unter der Studentenschaft breit, bis sie schließlich auch die halbwüchsigen Burschen ergriffen. In Czernowitz (der Haupt- und Universitätsstadt der ehemals österreichischen Bukowina) hat sich das merkwürdige Schauspiel ereignet, daß einige dieser Hakenkreuzlerburschen die ganze Stadt eine Zeit lang terrorisierten, antisemitische Hetze trieben, Juden überfielen, mißhandelten und zu Krüppeln schlugen. Die Behörden sahen diesem antisemitischen wüsten Treiben drei Tage lang untätig zu, und erst als die Hakenkreuzler bei erneuten Ausschreitungen auf Widerstand stießen und verprügelt wurden, griffen sie ein. Die kämpfenden Gruppen wurden auseinandergesprengt und dabei wurde einer der Gegner der Hakenkreuzler verhaftet.

Rückgang der Ausfuhr infolge Absatzstockung.

Die „Kronstädter Zeitung" berichtet über die ungünstigen Ausfuhrergebnisse Rumäniens im ersten Vierteljahr 1924. Der Rückgang betrifft fast alle Ausfuhrzweige. Die Gesamtausfuhr beträgt 20 v. H. weniger als in dergleichen Zeit des Vorjahres. Die Folge ist ein Rückschlag auf die Inlandproduktion. Es macht sich eine Stockung im gesamten Geschäftsleben bemerkbar. Die Krise zieht herauf.

ITALIEN

Aus Italien wird gemeldet, daß das faschistische Blatt „Corriere Italiano" sein Erscheinen eingestellt hat. Dieses Blatt hat innerhalb 10 Monaten 7 Millionen Lire verbraucht, die aus dem Geheimfonds des italienischen Innenministeriums stammen.

Aus der Jugendbewegung

An alle Mitglieder der Kommunistischen Arbeiter-Jugend.

Genossen und Genossinnen!

Vor gewaltigen Aufgaben steht unsere Organisation. Es gilt zur Zeit der zehnjährigen Wiederkehr des Völkermordens eines scharfen Kampf gegen die militaristische, imperialistische und kleinbürgerlich-pazifistische „Nie-wieder-Krieg"-Ideologie zu führen und die Proletarier für den kompromißlosen Klassenkampf sowie Rätegedanken zu gewinnen und zu organisieren.

„Proletarischer Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg!"

ist unsere Parole.

Hierzu wird Geld benötigt, was von uns, als Organisation des kämpfenden Jungproletariats, selbst aufgebracht werden muß.

Wir appellieren an alle die unseren Kampf unterstützen wollen. Wir verpflichten sämtliche Gruppen und Bezieher der „Roten Jugend"

sofort die „Rote Jugend" Nr. 8,
sämtliche Sammellisten
sowie evtl. noch restierende Umlage
sofort abzurechnen.

Genossen! Tut Ihr nicht Eure Pflicht, müssen wir mit unserer Arbeit versagen. Das darf nicht sein. Die Revolution erfordert von uns schwere Opfer. Handelt danach.

Flugblätter sind gegen Voreinsendung des Betrages zum Preise von 5 Mark p. 1000 Stück zu beziehen. Alle **Geldsendungen an Lucie Haase, Berlin-Neukölln, Widder Str. 23, Siedlung Dammweg.**

Der RAA. der KAJD.

Große öffentl. Jugendversammlung am Freitag, den 25. Juli, abends 7,30 Uhr, Nowawes
Restaurant Turnhalle.

Thema: **Die KAJ. und das Jungproletariat**
Kommunistische Arbeiter-Jugend
Ortsgruppe Nowawes

Revolutionäre Jugend!
Heraus zur
Kundgebung
gegen die Republik — für die Räte-Kommune
am 10. August in Eberswalde

Arbeiter! Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!
Abfahrt: **Sonntag früh, 7.36 Uhr, Stettiner Bhf.**

Die „Rote Jugend" Nr. 8
(Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend)

Aus dem Inhalt:

Der V. Reichskongreß der KAJD. — Der weiße Terror gegen die Jugendbewegung. — Der Kongreß der „Pseudo-Kommunisten" — Erziehung zum Klassenkampf usw. usw.

Zu beziehen durch die Jugendgruppen und Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Warschauer Str. 49

Lest und verbreitet die „Rote Jugend" — Preis: 15 Pf.

Mitteilungen

Bezirk SW. Wegen organisationschädigendes Verhalten wurde das Mitglied Jakob Uhly von der Ortsgruppe Lichtenhafen aus der KAPD. und AAUD. ausgeschlossen, laut Mitgliederbeschluß der Mitglieder-Versammlung vom 12. Juli 1924.

GROSS-BERLIN

Die durch ihre Bezirksführer eingeladenen Genossen müssen am Donnerstag, den 24. Juli, pünktlich abends 7 Uhr, in der Schule Gipsstraße zu einer sehr wichtigen Besprechung erscheinen.

Mittwoch, den 30. Juli, abends 7 Uhr
Kombinierte Sitzung der Funktionäre der Partei und Union!
Lokal: **Boekers Festsäle** (Kleiner Saal).

Freitag, den 1. August, abends 7 Uhr
Gemeinsame Versammlung der Partei- und Unionsgenossen in ihren Wohnbezirken. Die Beiträge für die Union werden am Donnerstag, den 31. Juli in den Arbeitsbezirken entrichtet.

16. Unterbezirk. Mitgliederversammlung am Freitag, den 25. Juli, abends 7,30 Uhr im bekannten Lokal. Vortrag über Einheitsfront, Realpolitik, die neuen Ergebnisse der Wissenschaft und historisches Materialismus.

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Fritz Wolland, Berlin-Pankow. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Betgmann, Berlin S 42, Oranienstraße 162.

5. Jahrg. Nr. 57

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Das Sachverständigengutachten

In der letzten Nummer der „KAZ." ist eine eingehende Analyse der durch das Sachverständigengutachten geschaffenen Situation gegeben und auch die taktische Einstellung zu diesem Gutachten in klarer Weise wiedergegeben. Am Anfang aller Erörterungen über diesen Komplex muß die Erklärung stehen, daß der Ausgangspunkt nicht die Fragestellung Annahme oder Ablehnung sein kann, die nur eine entscheidende Frage innerhalb der Wiederaufbaupolitik des Kapitals ist, sondern daß die revolutionären Arbeiter das Sachverständigengutachten nur als einen unter den vielen Ausbeutungsplänen der Bourgeoisie ansehen können.

Das internationale Kapital will den Anflösungsprozeß innerhalb der Todeskrise mit allen Mitteln hinauszögern. Der Widerstand, den das deutsche Kapital bisher gegen die im Versailler Vertrag vorgeschlagene Lösung geleistet hat, die auf seine Kosten gehen sollte, ist nun endgültig gebrochen. Die bisher dem deutschen Kapital freigestellte Lösung der Aufbringung der Reparationszahlungen ist in ein Zwangsverfahren übergeleitet worden. Dabei hat das Entente-Kapital nur noch die Haftpflichtung übernommen, denn durch die Ueberspannung seiner Kräfte bei der Durchführung des Widerstandes zusammengebrochene deutsche Kapital eine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Sie hat diese an gewisse Sicherungen geknüpft. Ein Teil des deutschen Kapitals glaubt nun, nur dann existieren zu können, wenn es auf den Vorschlag der Gläubiger eingeht, während ein anderer Teil hofft, durch eine Fortsetzung des Widerstandes bessere Bedingungen zu erzielen. In diesem Streit zwischen den einzelnen deutschen Kapitalgruppen hat das Proletariat sich nicht zwischen den beiden Richtungen zu entscheiden und für die eine oder die andere kapitalistische Lösung einzusetzen, damit der revolutionäre Kampf seine eigenen Interessen zu verfechten, damit der revolutionäre kommunistische Aufbau so schnell wie möglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Es ist ganz klar, daß der Sachverständigengutachten eine Verschärfung der Ausbeutung des Proletariats bedeutet. Diese wäre aber genau so ohne ihn eingetreten. Der Ausbeutungsaufführung der deutschen Bourgeoisie ist nicht vom Gutachten abhängig. Auch ohne diesen Zwang hat die Industrie mit aller Gewalt auf einen Abbau der Lebenshaltung des Proletariats gearbeitet. Unsere Stellungnahme gegenüber dem Sachverständigengutachten ist die gleiche wie gegenüber dem Versailler Vertrag und der ganzen sozialen Gesetzgebung. Wir haben uns nicht für oder gegen die gesetzlichen Betriebsräte, sondern für revolutionäre Betriebsräte erklärt. Unser Ziel ist nicht die Durchsetzung eines „gerechten Ausgleichs, sondern die klassenlose Gesellschaft.

Es ist aber auch selbstverständlich, daß wir gegenüber der deutschen Sachverständigengutachten ergebenden Lagerungen feststellen müssen. Es ist dies notwendig, weil wir einmal die Illusionen zerstören müssen, die sich in dem in der SPD. organisierten Teil der Arbeiterschaft über die durch seine Durchführung sich entwickelnde allmähliche Besserung der Lebenshaltung des Proletariats gebildet haben, ferner weil wir dem Proletariat verschiedene Gesichtspunkte, daß der vom Kapital eingeschlagene Weg zur Ueberwinkung der „augenblicklichen Krise" nur eine erneute Verschleppung des endgültigen Zusammenbruchs durch verschärfte Ausbeutung des Proletariats bedeutet. Die Parole muß daher lauten: Kampf dem kapitalistischen System bis aufs Messer, weil Ablehnung oder Annahme des Gutachtens nur verschiedene Farmen der Ausbeutung des Proletariats sind. Wir haben nicht zwischen der besseren und schlechteren Form zu wählen, weil beide die Verewigung der Ausbeutung bedeuten. Wir lehnen es auch ab, mit dem Schlagwort „Ablehnung des Gutachtens", wie die KPD. zu versuchen auf einer nationalistischen Eselsbrücke revolutionäre Bewegung zu nimmen.

Wir haben uns bisher begnügt, unsere prinzipielle Stellung zum Sachverständigengutachten zu präzisieren, ohne auf die Einzelheiten einzugehen. Es hat sich aber für den politischen Tageskampf die Notwendigkeit herausgestellt, sich auch mit der durch die Sicherungen erforderlich werdenden Umstellung der Wirtschaft zu befassen.

Den Hauptwert legt das Gutachten auf die durch die Errichtung der Notenbank zu schaffende einheitliche und stabile Währung, die Ueberwindung der durch die Inflation hervorgerufenen Zerstörung eines festen Umrechnungsfaktors. Die Banknoten sollen wieder in einem festen Verhältnis von 33 1/3 v. H. zu der Ausgabemenge durch eine sichere Reserve gedeckt werden. Das Kapital der Bank in Höhe von 400 Millionen Goldmark soll teilweise in Deutschland, teils im Ausland aufgebracht werden. Der deutsche Verwaltungsrat soll von einem sogenannten General zum Schutz der Gläubigernationen kontrolliert werden, der zur Hälfte aus Deutschen und zur anderen Hälfte aus Ausländern besteht. Eines der ausländischen Mitglieder ist der „Kommissar" dieser Bank und ist für die Durchführung der Bestimmungen über die Notenausgabe und Bankreserve verantwortlich. Die Bank darf außer Darlehen auf 3 Monaten weder dem Reich noch anderen Verwaltungskörpern wie Ländern und Gemeinden usw. Kredite einräumen oder Geld in Schuldverschreibungen dieser Körperschaften anlegen. Auch diese Darlehen sind der Höhe nach begrenzt. So kann das Reich nur Vorschüsse bis 100 Millionen erhalten und Post und Eisenbahn zusammen 200 Millionen unter der Bedingung, daß sie die Bank mit ihren gesamten Finanzdiensten betrauen.

Die Bank dient gleichzeitig der Abwicklung der Reparationszahlungen. Das Reparationskonto, darf außer bei gewissen Ausnahmen 2 Milliarden Mark nicht übersteigen. Näheres über die Verwendung der Reparationsleistungen wird noch bei der Aufbringung der Zahlungen zu erwähnen sein.

Die Rentenbank soll innerhalb zehn Jahren liquidiert werden und sich innerhalb dieser Zeit in die Goldmarkbank organisch einfügen.

Zur Sicherung und Ermöglichung der Reparationszahlungen hält das Sachverständigengutachten eine ausländische Anleihe in Höhe von 200 Millionen Dollar für notwendig. Diese Anleihe ihrerseits muß in einer Stabilisierung der gesamten deutschen Verhältnisse ihre Deckung haben. Es wird Art der Besteuerung und ihre Anpassung an einen zunehmenden Wohlstand wird durch einen sogenannten „Wohlstandsindex" reguliert. Auf einem Jahresdurchschnitt der Jahre 1926-1929 soll ein System von Zuschlägen zu den festen Summe aufgebaut werden, die zwecks „Anreizes" nicht allzu hoch bemessen werden. Es könnte ja sonst das deutsche Kapital auf Kosten und durch die Hilfe des ausländischen Kapitals ein zu fürchtender Konkurrent werden. Der Löwenanteil am Profit muß den Geldgebern gesichert bleiben. Eine Erhöhung kommt erst bei einer Steigerung der Schwankungen über 10 v. H. in Frage.

Justizterror der Bourgeoisie

Rechtsstrafen und Machtstrafen

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhängte in Königsberg am 19. Juli über junge Arbeiter folgende Terrorurteile: Delvendahl 7 Jahre Zuchthaus, Kalcher 6 Jahre Zuchthaus, Seipold 5 Jahre Zuchthaus, Baumann 4 Jahre Gefängnis, sowie gegen etliche andere Arbeiter wurden Strafen von 2 1/2 bis 1 1/2 Jahren Gefängnis verhängt.

Am 10. Juli wurden in Leipzig gegen württembergische Arbeiter folgende Zuchthausurteile gefällt:

Arbeiter Lempert 8 Jahre Zuchthaus, die Arbeiter Brecht, Beier und Ralf je 6 Jahre Zuchthaus.

Obige Urteile sind nur Stichproben des Industrieterrors der „demokratischen" deutschen Republik.

Deutschland ist eine demokratisch regierte Republik, in der alles auf dem Volk durchs Volk, fürs Volk, geschieht. Dieses der Republik. „Genosse" Fritz Ebert hat doch den kühnen Ausspruch getan: „Wir sind das freieste Land der Welt." Um das zu beweisen wurde stets an Zweifelsfällen der Annahmezustand auf Grund des berüchtigten Artikels 48 der „freien" Reichsverfassung verhängt.

Jetzt ist er sogar eine Dauererscheinung geworden. Recht komisch mag sie manchem anmuten, diese Dauererscheinung, vielen mag es nicht in den Kopf, daß gerade jetzt die offene, brutale Gewalt im Vordergrund stehen soll, wo doch zugleich alle Welt vom Frieden brüllt. Große Ententestaatsmänner fallen sich gerührt in die Arme und beteuern, Europa, dieses gequälte Land, endlich den Frieden zu bringen. Ganz entzückt grüßt und nur die Realitäten in eigenen Heim hat dieses Wonnegefühl etwas gedämpft.

Zu offenkundig tritt in letzter Zeit der Terror der Bourgeoisie, ausgeübt durch ihre Klassenorgane durch die Justiz, in Erscheinung. Mit unerbärter Schärfe, die als grausam bezeichnet werden muß, fällt die Justizmaschine ihre Sprüche. Gewiß ist der „Vorwärts" und seine guten Leute, nicht sentimental, was sie während des Krieges und auch nachher immer wieder bewiesen haben, aber sie halten dies jetzt, wo doch soviel von Frieden und von der Versöhnung gesprochen wird, wo sogar ganz offen reaktionäre Länder Amnestien, wenn auch Scheinamnestien ergehen lassen, für eine politische Unklugheit. Gewiß Tatsache ist, das „freieste" Land und das „friedfertigste" Volk der Welt, scheint jetzt, wo doch eigentlich gar nichts los ist, wo die Wahlen zum „Hause des Volkes" so friedlich verlaufen sind und die Wahlkreise sogar nochmal weiß so schön war, der Selbstbetrug auszuführen gewillt sind, einen Rechtsbruch nach dem anderen. Die Republik wird immer unbeschränkter. In Bayern stützen die „Rechtsverhältnisse" vom Himmel. In Königsberg sind Urteile über Proletarier verhängt worden, ebenfalls in Halle, die ganz offen den Stempel der Klassenjustiz tragen.

Es ist nun müßig, darüber ein Geschrei anzustimmen, was der Bourgeoisie noch gar nicht mal so unangenehm ist; denn eine Klasse, die nur immer schreibt und heulmeiert und sich an schönen Gesten ergötzt, ist nicht gefährlich, da sie ja gar nicht klar über ihre zu ergreifenden Maßnahmen ist. Schon im Kriege wußten die wilhelminischen Offiziere, daß spektakelnde Marmschaften sehr leicht zu befriedigen waren. Doch wenn sich der Masse eine eiserne Ruhe bemächtigte, dann wurde es den Offizieren heiß unter dem Kragen; denn dann dachte die Masse als Masse und die Tat folgte auch bald.

Die Aufgabe des revolutionären Proletariats ist es nicht, dauernd über zweierlei Maß zu schimpfen und dafür gleiches Maß der Gerechtigkeit zu verlangen, die es ja gar nicht gibt, sondern unermüdlich dem Proletariat einzuhämmern, daß die Bourgeoisie und ihre Lakaien so handeln müssen. Noch nie hat es ein allgemeines Recht gegeben. Stets ist die Justiz ein Instrument der besitzenden und somit der herrschenden Klasse gewesen. Wenn jetzt die Bourgeoisie mit solchen Abschreckungsurteilen gegenüber den Arbeitern und direkten Prätzen gegenüber ihren Günstlingen vorgeht, so hat dies seine reale, ökonomische Ursache.

Dieser großzügig angelegte Versuch der internationalen Bourgeoisie in London, eine Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen, den sogenannten „Wiederaufbau" vorzunehmen und Europa den „Frieden" zu bringen, erfordert in seiner Durchführung in erster Linie vom deutschen Proletariat blindische und sklavische Unterwürfigkeit. Eiserne Ruhe in den Betrieben in ganzen Staatswesen ist notwendig zur Durchführung des Gutachtens. Ohne Widerrede, mit militärischer Pünktlichkeit müssen und sollen sich die Sklavenbataillone hin- und herzugleiten lassen, je nach Bedarf. Es müssen die härtesten Entbehrungen ertragen werden, und zwar geduldig. Freiheit Deutschlands ermöglicht, in Frage gestellt. Daneben müssen als Selbstverständlichkeit Millionen, die überflüssig sind, in Ruhe verrecken. Der Selbsterhaltungstrieb der Bourgeoisie, die in dem klassenbewußten Proletariat ihren Ueberwinder, und darum ihren Todfeind erblickt, zwingt sie, all ihre Machtpositionen und Herrschaftsinstrumente, die den großen Unterdrückungsmechanismus Staat bilden, zu benutzen, um alle selbständigen Regierungen ihres Todfeindes zu unterdrücken. Darum die harten Urteile in der jetzigen Zeit. Darum die vielen Presseverbote nach Links. Darum auch Eberts Sondervordnung über die Presse, die der Rechtsausschuß allerdings aufgehoben hat. Jedenfalls nur, weil sie noch etwas verdreht war. Im gegebenen Augenblick wird man sehr schnell darauf zurückkommen. Das Proletariat tut gut, alle Illusionen abzustreifen und endlich das Dornröschenschlaf zu erwachen. Alle Resolutionen, Petitionen und Demonstrationen von den Bourgeoisieinstitutionen sind Illusionen. Rechtsfragen sind schon immer in der Geschichte Machtfragen gewesen.

Läßt die Bourgeoisie sich mal hin und wieder zu einer Amnestie herbei, dann nur, weil sie entweder den Klassengegner so degenerieren glaubt, daß nichts ihre Erste von ihm zu befürchten ist, oder aber, um den wachsenden Massenwillen und die steigende Empörung durch den Brocken der Amnestie abzufangen. Oft ist es leider der Bourgeoisie gelungen, die sich bildende proletarische Einheitsfront zu zerreißen. Für Proletarier ist es Verkümmerung seiner Aufgabe, wenn es für Amnestie auf im übrigen nichts tut, um diese Rechtsfrage als Machtfrage aufzurollen. Die Bourgeoisie wird und muß statt amnestieren noch mehr Proleten einsperren und notwendig erschießen lassen, weil ihr Klasseninteresse dies verlangt. Und die Kleinbürger der SPD., weil sie mit den Klasseninteressen der Bourgeoisie sehr eng verbunden sind, werden wie bisher immer weiter mitmachen. Dazwischen ruft man dann nach Rechtsbruch, z. B. in Bayern oder wenn einer ihrer Edlen abgeaut wird a la Leinert. Das revolutionäre Proletariat darf auf dies Geschrei nichts geben, sondern muß in den Ausbeutungsstätten und auf den Sklavenstempelmärkten den Zusammenschluß als Klasse in revolutionären Betriebsorganisationen vollziehen und sich in unermüdlicher Selbstkritik klar werden über die zu ergreifenden Maßnahmen eines Befreiungskampfes.

Rettung für die politischen Gefangenen, für die revolutionären Proletarier, kommt nicht von irgend einem Rechtsausschuß oder einem Reichstag, sondern kann nur kommen durch die revolutionäre, befreiende Tat des Proletariats als Klasse.

Nicht müde werden trotz des scheinbaren Mißerfolges lautet nach wie vor die Parole. Immer stärker baut sich der Kerbtifkloff am politischen Himmel zusammen. Immer mehr drängen die Verhältnisse zu einer klaren Klassenscheidung. Ein Hüben und Drüben gibt es nur.

Ein Ausweichen ist nicht möglich. Daß das Proletariat seiner geschichtlichen Aufgabe gewachsen ist, die Rechtsfrage, die Machtfrage ein für allemal zu seinem Gunsten zu erledigen weiß, dafür wollen wir sorgen.